

# Dresdner Volkszeitung

Vollschluss: Dresden,  
Aden & Comp., Nr. 1208.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Bonifiz: Gebr. Enthold, Dresden  
und Sächs. Staatsbank

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Stadt und Dresden-Land.

Heupreis einschließlich Bringerlohn in der 42. Woche vom 18. bis 19. Oktober 100 000 000 M. unter Kreuzband für Deutschland die Nummer 32 000 000 M. Einzelnummer 40 000 000 M.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Bettinerplatz 10. Tel. 25 261  
Geschäftsstelle von 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Grundpreis mal Schlüsselzahl. Grundpreise: die 29 mm breite Komparatzeile 80 M. die 90 mm breite Reklamezeile 280 M. für auswärtige Anzeigen 100 und 350 M. Schlüsselzahl: 600 000. Remittenzanzeige Stellen- und Rietgesuch 40 Proz. Rabatt. für Briefniederlegung 10 M.

Nr. 245

Dresden, Freitag den 19. Oktober 1923

34. Jahrg.

## Verhandlungen zwischen Dresden und Berlin

Weber der Spektakel der bürgerlichen Parteien im sächsischen Landtag noch das Auftreten der reaktionären Presse ändert etwas an der Tatsache, daß Herr Gehler mit seiner ultimotiven Politik gegen Sachsen roch abwirtschaften muß, wie immer auch die Weiterentwicklung der Dinge gehen mag. General Müller forderte in einem Briefe „unzweideutige Antwort“ von der sächsischen Regierung über ihre Stellung zu der Aeußerung eines Ministers. Er stieg sogar in militärischem Tone eine Ablauszeit an: 11 Uhr. Die sächsische Regierung lehnte jede Beantwortung dieses Antritts ab. Herr Müller entgegnete mit einem neuen Schreiben, in dem der sächsische Regierung mitgeteilt wird, daß er „die Angelegenheit zur weiteren Erledigung dem Herrn Reichswehrminister unterbreite habe“. Herr Gehler muß einlenken — das ist das Ergebnis. Die Blamage des Reichswehrministers ist eine politische und moralische, denn er muß einlenken, weil sich die sozialdemokratischen Mitglieder der Reichsregierung, die gesamte Sozialdemokratie und auch ein starker Teil der namhaften demokratischen Presse gegen sein diktatorisches Vorgehen wandten und die Zweideutigkeit seiner Politik brandmarkten.

An den Stimmungszeichen in der demokratischen Presse ermessen man die Aeußererweichung derer, die sich im sächsischen Landtag als Demokraten aufspielen. Die *Vossische Zeitung*, der gewiß niemand eine radikale Ader andichten wird, schrieb gestern: „Das neueste Vorgehen des Generals von Müller hat tatsächlich den militärischen Ausnahmestand nicht nur in den Augen der Sozialdemokratie kompromittiert“, es werde keinen verantwortlichen Politiker geben, „der die Stellung eines Ultimatums an die sächsische Regierung durch den Wehrkreiskommandeur für politisch tragbar im Rahmen einer Koalitionspolitik hält“. Herr Müller fehlt die ruhige Hand und das rechte Augenmaß, wobei die *Vossische Zeitung* nur vergibt, aber ingewissen erfahren haben wird, daß hinter allem Herr Gehler steht. Ähnlich wie die *Vossische Zeitung* äuert sich eine Reihe liberaler Blätter, die wir zum Teil bereits zitierten. Was sie schreiben, läuft auf eine Verurteilung des demokratischen Reichswehrministers Gehler durch den namhaften Teil demokratischer Gedanken hinaus.

Blätter von der moluskenhaften Art des *Dresdner Anzeiger* ver suchen Müller und Gehler zu retten, indem sie es so darstellen, als ob mächtige Berliner Kreise das ultimative Vorgehen gegen Sachsen für richtig hielten. So ähnlich lädt sich der Dresdner *Anzeiger* als „Berliner Auffassung“ melden. Vielleicht fragt er bei seinem Berliner Mitarbeiter einmal an, ob er nicht ein bisschen geschlagen hat, denn man weiß heute bereits, daß nicht nur die sozialdemokratische Parteileitung, sondern auch die sozialdemokratischen Minister gegen Gehlers Vorgehen aufgetreten sind und daß das Aufstiegen der großen Koalition wieder einmal dreht, wenn die Reichsregierung nicht die Verständigung mit Sachsen sucht, zu der die sächsische Regierung von vornherein bereit gewesen ist. Die tendenziöse Art, mit der der Dresdner *Anzeiger* arbeitet, geht auch weiter hervor aus der verzerrenden Art, in der er den Vorwärts zitiert. Da dem Vorwärts die Redensarten, die der Minister Völker in Leipzig in einer Versammlung gebraucht hat, nicht gefallen, ist etwas Unverständliches. Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir erklären, daß sie weder uns noch irgend jemand innerhalb der Sozialdemokratie als zweckmäßig und richtig erscheinen. Aber daß der Vorwärts sich entschieden gegen Gehlers reichsgefährliche Politik Wendet — das unterschlägt der *Anzeiger*. Nicht nur die Ansicht der Sozialdemokratie, sondern auch eines Teils der Demokraten und des Zentrums wird drastisch ausgesprochen vom *Sozialdemokratischen Parlamentsdienst*, der in einem Artikel schreibt:

Wiedeholt haben wir betont, daß auch in unserer Partei über die Entwicklung der politischen Verhältnisse in Sachsen keine einheitliche Auffassung besteht. Selbst innerhalb der sächsischen Sozialdemokratie sind die Meinungen nicht übereinstimmend und das ist in einer Partei von der Stärke der Sozialdemokratie durchaus verständlich. Aber vollkommene Einigkeit besteht trotzdem darüber, daß die in den letzten Tagen erfolgte Verhandlung der sächsischen Regierung durch das Reich, zu der die sozialistischen Minister ihre Zustimmung nicht gegeben haben und nicht zu geben vermochten, unfeinste und leichtfertiger nicht erfolgen konnte, als es geschehen ist. Drei Wochen leben wir jetzt unter dem Belagerungszustand. Herr Gehler hätte also ausreichend Zeit gehabt, vor der ganzen Welt den Beweis seiner Stärke zu liefern. In Bayern ist ihm heute noch Gelegenheit geblieben, dem Paragrafen der Reichsverfassung: Reichsrecht bricht Landesrecht die notwendige Geltung zu verleihen. Darauf aber hat er verzichtet. Vor Herrn u. Kärt vertrieb sich der „Karte Mann“ ins Mauseloch, ist er still und genügsam, während er glaubt, ultimativ gegenüber Sachsen vor-

Der sozialdemokratische Parlamentsdienst berichtet, der sächsische Ministerpräsident habe an General Müller einen Brief geschrieben, in dem er erklärt, nicht an Prestigefragen zu denken und in dem er seine Bereitswilligkeit zu Verhandlungen über die strittigen Punkte zum Ausdruck bringe.

Wie uns von zulässiger Stelle mitgeteilt wird, ist diese Meldung unwichtig. Dagegen hat gestern abend zwischen Müller und Beigner eine längere Aussprache stattgefunden, bei der die Beteiligten sich bereit erklärt haben, sich über bestehende Meinungsverschiedenheiten zu verstündigen und nach Möglichkeit durch persönliche Verbindung eine Lösung etwa entstehender Schwierigkeiten herbeizuführen.

gehen zu können, nachdem ein Minister dieses Landes eine Abstimmung hat, die mit alle und ebenso die sozialistischen Regierungsmitglieder in Dresden für falsch und als unvereinbar mit einer Ministereigenschaft erachtet.

Dieser unbestreitbare Unterschied in der Behandlung zweier Länder, von denen die Gesamtregierung des einen das Reichsrecht gebrochen hat, während sich bei der anderen nur ein einzelner neuer Minister gewisse Versuche gegen amtliche Gesetzesverstöße zu schulden kommen läßt, muß unwillkürlich den Eindruck erwecken, daß der Reichswehrminister den Augenblick für gekommen hielt, vergangene Differenzen, die zwischen ihm und Beigner bestehen, neu anstreben zu lassen und zum Ausdruck zu bringen durch eine falsche Benutzung der ihm vorhergehenden erreichten Machtvollkommenheiten. Denn er und nicht der General Müller ist der Verantwortliche für den entstandenen Konflikt. Hinter Herrn Müller versteckt sich der Reichswehrminister als der eigentliche Verfehlshaber. Er will auf der einen Seite, wo es ihm leicht scheint, aber unangebracht ist, in sonderbarer Art der entschiedene Vollzieher der Reichsgewalt sein, ohne hierzu die notwendigen Voraussetzungen erfüllt zu haben. Sie sind gegeben in der Wahrung des Reichsrechts gegenüber Bayern und in der Ordnung im eigenen Lande. Beide Voraussetzungen sind nicht erfüllt. In Bayern hat Herr Gehler nichts zu sagen und nachdem es uns in Zusammenhang mit dem Kaiserlichen Putsch in den letzten Wochen zu Ohren gekommen ist, können wir nicht behaupten, daß in der Reichswehr die Zustände zufriedenstellend sind.

Inzwischen hat der Reichswehrminister einsehen müssen, daß die von ihm betriebene ultimative Politik sinnlos ist und auch er mit dem Kopf nicht durch die Wand rennen kann. Denn das ohne Zweifel ebenfalls mit seinem Einverständnis von dem

Kommandeur des Wehrkreiskommandos IV nach Ablauf des Ultimatums am Donnerstag vormittag an den sächsischen Ministerpräsidenten gerichtete Schreiben ist nichts anderes als ein vollkommenes Rückzug Gehlers. Tatsächlich denkt man in Berlin nicht mehr daran, die ultimatischen Drohungen wahrzunehmen. Sie hätten sicherlich das Licht der Welt überhaupt nicht erlebt, wenn der Reichskanzler des Innern in den letzten Tagen nicht durch andertwige Reichsgeschäfte aushalf Berlin verpflichtet gewesen wäre. Soviel wir unterrichtet sind, hat er die beste Absicht, auf dem Wege der Verhandlungen mit Sachsen zu einer Einigung zu kommen. Hierbei muss selbstverständlich auch die sächsische Regierung die notwendigen Zugeständnisse machen, und wir glauben, aus guten Gründen annehmen zu dürfen, daß sie das in dem notwendigen Maße tun wird.

Die wichtigste Aufgabe bei den Auseinandersetzungen mit der sächsischen Regierung fällt zweifellos dem Reiche zu. Das Reichskabinett darf nicht vergessen, daß die politische Entwicklung in Sachsen im wesentlichen mitverändert ist durch die Politik der angrenzenden Staaten, insbesondere Bayerns. Sicherlich sind die proletarischen Hundertschaften nicht anzustrebkommen aus Liebe zum Soldatenspiel, sondern sie würden unvermeidlich hervorgerufen durch die Zustände in Bayern, die fortgesetzten Drohungen gegen das Reich und die Republik. Von diesem Gesichtspunkt aus sind die proletarischen Hundertschaften in Sachsen gegründet worden und von ihm muß ausgegangen werden, wenn die Hundertschaften in Sachsen die Erledigung finden sollen. Deshalb sind wie der Ausschaffung, daß die Reichsregierung vor allem in Bayern Ordnung zu schaffen hat und die unbedingt notwendigen Einmassungen vornehmen muss. Damit entnimmt sie den Hundertschaften in Sachsen die Existenzgrundlage und bietet selbst den notwendigen Anlaß zur Auflösung dieser Gebilde.

Vor allen Dingen aber scheint uns die Ausschaffung des Reichswehrministers bei den Kommanden Verhandlungen mit Sachsen notwendig. Herr Gehler hat den Ausnahmezustand in den letzten Wochen in einem Sinne gehabt, der für einen psychologisch denkenden Politiker gänzlich unverständlich ist. Er hat sich als sonderbarer Politiker erwiesen, der jedes psychologische Moment bei der Astellung von praktischen Verhandlungen außer Acht läßt, obwohl in dieser erreichten Zeit das gerade besonders notwendig ist. Dafür müssen auch in seine Umgebung wenigstens so lange, wie man glaubt, ohne Ausnahmezustand nicht auskommen, um einen psychologisch denkenden Politiker gesucht und ihnen die Mitverantwortung für alles das, was unter dem Ausnahmezustand er folgt, auferlegt werden. Solange das nicht der Fall ist, sondern der Geist des Militärs die Mitregierung führt, so lange werden Konflikte, wie wir sie in diesen Tagen erleben, nicht ausbleiben.

## Franfreichs starres Nein!

Der Schritt der deutschen Regierung in Paris, um zu Vereinbarungen über die endliche Wiederaufnahme von Produktion, Handel und Verkehr im Ruhrgebiet zu kommen, ist von *Voincavé* schoß und stark zurückgewiesen worden. In der amtlichen Mitteilung der deutschen Regierung wird darüber gesagt:

Der deutsche Gesellschafter in Paris hat seiner Unterhaltung mit dem französischen Ministerpräsidenten normalerweise eingehend die Ausschaffung der Reichsregierung über die Regelung der Verhältnisse in den besetzten Gebieten und über die Weiterbehaltung der allgemeinen Reparationsfrage dargelegt. Der französische Ministerpräsident hat die Wiederaufnahme der Arbeit als eine allein von den lokalen Organen zu lösende Aufgabe bezeichnet, so sei die Reichsregierung bereit, auch solche lokale Verhandlungen zu fördern. Der Gesellschafter hat mir Radbrud darauf hingeziert, daß die bisherige Praxis der Verhandlungen zu einer völligen Zerstörung, Rücksicht und Neutralität im besetzten Gebiet geführt habe und daß daher die von Deutschland gewünschten einheitlichen Verhandlungen eine tatsächliche Notwendigkeit seien. Auf anderer Seite werde sich das von Frankreich angestrebt Ziel, nämlich die Wiederaufstellung des Zustandes vor dem 11. Januar 1923, nicht erreichen lassen. Als wichtigsten Punkt der von Regierung zu Regierung zu verhandelnden Fragen hat der Gesellschafter die Frage der Kosten- und Kapazitätsbelastungen an Frankreich und Belgien hingestellt. Er hat dem französischen Ministerpräsidenten im einzelnen dargelegt, daß Deutschland eigentlich schlechtedingst aufgestanden sei, diese Finanzierung seinerseits vorgesehenen. Nachdem die Unterhöhungszahlungen des Reichs eingestellt worden seien, würden die Verhältnisse im Ruhrgebiet binnen kurzer Zeit dahin aufgehen, daß 550 000 Arbeiter mit ihren Familienangehörigen ohne irgendwelche Subsistenzmittel dem Verhungern geworfen werden und daß dazu noch Millionen Arbeiter und Angehörige anderer Industrien kämen, deren Beschäftigung vollständig von dem regulären Betrieb der belgischen Industrie abhängt. Die deutsche Regierung habe die zwangsläufige Entwicklung vor Augen, welche ihr aber, wenn Frankreich eine Verhandlung ablehne, maditlos gegenübersteht.

Was die weitere Verhandlung der allgemeinen Reparationsfrage anlangt, so hat der Gesellschafter zum Ausdruck gebracht, daß auch nach Ansicht der deutschen Regierung die Verhandlungen hierüber mit allen beteiligten Mächten stattfinden müßten. Die Reichsregierung halte es für ratsam und glaube auch den vielfach von *Voincavé* geduldeten Ansichten zu entsprechen, wenn sie sich zur Klärung des gegenwärtigen Standes der Reparationsfrage ebenfalls mit der Reparationskommission in Verbindung setze.

Der französische Ministerpräsident hat in seiner Antwort die Aufnahme von Regierungsverhandlungen über die Wiederaufnahme der Arbeit im besetzten Gebiet категорisch abgelehnt. Er hat erklärt, ihm die von der Reichsregierung und den Sondervertretern der Beamten und Industriellen des besetzten Gebietes erzielten Besitzungen gleichgültig seien, und daß er mit ihr auf die tatsächliche Wiederaufstellung des tatsächlichen Zustandes vor dem 11. Januar 1923. Die deutschen Erklärungen über die Unmöglichkeit der Finanzierung der Saarlieferungen könne er nicht annehmen; er müsse sie im Gegenteil als ein Element des Widerstandes bezeichnen. Auf welche Weise die deutsche Regierung die Ablösung der Saarlieferungen fertig brachte, sei ihm ebenfalls völlig gleichgültig. Die Erbitterung einzelner Deutschen durch die Reparationskommission werde er sowieso nicht zu lassen, als nicht der deutsche Widerstand nach französischer Auffassung restlos aufzusuchen werden sei.

Die Tochter *Voincavé* ist darauf gestoßen, die Statthalter im Ruhrgebiet vollständig zu machen. Er lehnt zentrale und lokale Verhandlungen ab und fordert, daß die Reichsregierung das Ruhrgebiet von sich aus wieder so reiblich mache, wie es vor der Zeitung war. Weiter soll die Reichsregierung wieder als „Reparationslieferungen“ aufzufassen und bei den Unternehmern beizulegen. Da das nicht erfüllt sei, werde *Voincavé* aus seinem Interesse Verhandlungen mit der Reichsregierung aufnehmen, um die Reparationslieferungen aufzufangen und bei den Unternehmern beizulegen. Eine solche Aktion erfüllt sei, werde *Voincavé* aus seinem Interesse Verhandlungen mit der Reichsregierung aufnehmen, um die Reparationslieferungen aufzufangen und bei den Unternehmern beizulegen. Eine solche Aktion erfüllt sei, werde *Voincavé* aus seinem Interesse Verhandlungen mit der Reichsregierung aufnehmen, um die Reparationslieferungen aufzufangen und bei den Unternehmern beizulegen.

Die Tochter *Voincavé* verhandelt *Slinnes* weiter. Wie der französische Präsident aus Tübingen gemeldet wird, hat *Slinnes* in Erwartung von *Voincavé* vor *Werner* gestern mittag in seinem Büro über zwei Stunden lange Unterhaltung mit Vertretern der Reparationslieferungen gehabt. Die französischen und belgischen Vertreter fragten *Slinnes*, ob die Gewerbe, die er vertreibt, bereit seien, einverstanden zu sein, wenn die Gewerbe und Katastrophenlasten *Voincavé* parat werde.

Im nächsten verhandelt *Slinnes* weiter. Wie der französische Präsident aus Tübingen gemeldet wird, hat *Slinnes* in Erwartung von *Voincavé* vor *Werner* gestern mittag in seinem Büro über zwei Stunden lange Unterhaltung mit Vertretern der Reparationslieferungen gehabt. Die französischen und belgischen Vertreter fragten *Slinnes*, ob die Gewerbe, die er vertreibt, bereit seien, einverstanden zu sein, wenn die Gewerbe und Katastrophenlasten *Voincavé* parat werde.

Die Reichsregierung erläutert, daß sie den Kontakt zu den Gewerben im Ruhrgebiet eintreffe, so sehr wie möglich, um die Gewerbe und Katastrophenlasten *Voincavé* parat zu machen. Es muß nun endgültig geschlossen sein, daß man es zu dieser Katastrophenlast kommen läßt.

**Ebert und Müllers Brief**

SPD. Es ist behauptet worden, daß der ultimative Brief des Generalstaatsanwalts Müller im Einvernehmen mit dem Reichspräsidenten, dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister an die sächsische Regierung übermittelt wurde. Nach unseren Informationen trifft das, wenigstens soweit der Reichspräsident in Frage kommt, nicht restlos zu. Der Reichspräsident hat von der Form des Briefes nicht die geringste Kenntnis. Seine Zustimmung galt lediglich der Aufforderung an die sächsische Regierung, mit über die Erklärungen des Ministers Völtcher in Leipzig zu äußern.

Die Genossen Hermann Müller und Otto Seiss sprachen am Donnerstag vormittag beim Reichspräsidenten vor. Sie gaben ihrer Auffassung dahin Ausdruck, daß der zwischen Sachsen und dem Reich herausbrechende Konflikt unhalbar ist und eine Aenderung in der Taktik des Reichswehrministers gegenüber der sächsischen Regierung notwendig erscheint.

Ein Kabinettssatz hat sich am Donnerstag mit dem Konflikt zwischen Sachsen und dem Reich nicht beschäftigt. Alle andersonen Nachrichten sind falsch.

Sowohl unter Parteikorrespondenz, wenn der Reichspräsident Auskünfte wegen Völtchers Äußerungen wünschte, hätte er einen geeigneteren Mittelsmann finden können. Statt weiterer Kreis zu ziehen wir, was ein bürgerliches Blatt dazu schreibt, nämlich die Vossische Zeitung: "Der richtige Weg wäre wohl gewesen, wenn der Reichsminister des Innern sich mit dem sächsischen Ministerpräsidenten in Verbindung gelegt hätte, um zu betonen, daß die Verpflichtung auf die Verfassung nicht nur ein Lippenbekenntnis darstellen dürfe."

**Wie lange noch . . .**

Der Vorwärts schreibt in seiner Donnerstagsschrift: Wir wiederholen, daß in Sachsen die Möglichkeiten einer Vereinigung durchaus gegeben sind. Die sächsische Regierung erkennt grundsätzlich die Reichsautonomie an. Sie leugnet nicht die Unfreiheit, die Verfassung zu ändern, Recht und Ordnung aufrecht zu erhalten, sie bestrebt sich vielmehr zu ihr. Das Reich muß zeigen, daß es die Vereinigung will, es darf nicht einem militärischen Verteidiger gestatten, alle Möglichkeiten zu ihr zu verhindern.

Das ganze Vorgehen gegen Sachsen tritt jedoch die Rüge strempfartiger Ueberzeugung und leidenschaftlicher Unüberlegtheit. Es steht damit in traurigem Gegensatz zu der himmlischen Geduld, mit der man die Vorgänge in Bayern bisher behandelt hat. Man erreicht damit, daß jene Massen, die die stärksten Anhänger des Reichsgegners sind, am Reich zu verzweifeln beginnen und gegen dieses für einen Bundesstaat Partei nehmen, der noch ihrer Ueberzeugung in ungetrennter und partizipativer Weise mit der Reichsregierung in ungetrennter und partizipativer Weise mit der Reichsregierung bedroht wird.

Und man erreicht damit noch mehr. Man erreicht das mit, daß sich mit jedem Tag die Zahl der Sozialdemokraten vermehrt, die sich sagen, wie lange noch eine mitverantwortliche Beteiligung ihrer Partei an der Leitung der Reichsgeschäfte möglich sein wird. Zu denen, die sich in den letzten Tagen immer wieder diese Frage vorgenommen haben, nicht nur jene Parteigenossen, die von Anfang an von einem Wiedereintritt in die Regierung nichts wissen wollten, sondern auch solche, die sich für ihn mit aller Entschiedenheit einsetzen.

**Die Gewerkschaften stehen zur Arbeitserregierung**

Berlin, 18. Oktober. (Eigene Meldung.) Die Vorstände und Mitglieder der erweiterten Ortsverwaltungen alter freigewerkschaftlichen Organisationen Groß-Berlins nahmen am Mittwoch zur innerpolitischen Frage Sitzung. Nach einem Referat Brachmanns vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, an das sich eine lebhafte Debatte anschloß, wurde folgende Entschließung angenommen:

Angesichts der ungeheuerlichen Gefahr, die der Arbeitserregung droht, angesichts des grenzenlosen Elends der breiten Massen und der Versuche, die Arbeitserregungen in Sachsen und Thüringen mit Gewalt niederzuschlagen, um die Arbeiter des gesamten Reichs wirtschaftlich und politisch zu knebeln, erklärt die Versammlung: Sollte es diefeile Reichsregierung wagen, die in Bayern Verfassung und Gesetz ruhig vergewaltigen läßt, die bewaffnete Macht gegen die sozialistische und thüringische Arbeiterschaft zu richten, so erwarten die Versammlung, daß auf dieses Attentat unverzüglich die einzige mögliche Antwort von den Spitzen der Gewerkschaften ertöte: Sofortige Proklamation des Generalstreiks! In zwölfter Stunde rast die Versammlung den Arbeitern im ganzen Reich zu, eine eiserne Rotfront zu bilden und zu diesem Zweck in jedem Betrieb und in jedem Ort gemeinsame Aktionsaufschlüsse zu schaffen.

**Nachteile der Reichstreue**

Die Frankfurter Zeitung, die mehrfach die Komödie des Ausnahmestandards glossiert hat, schreibt in der Donnerstagsschrift:

So geht es wirklich nicht. In Bayern und von Bayern läuft man sich, wie gedrungen, alle Verstöße gegen Gesetz, Verfassung und Reichsautorität gefallen, und Sachsen soll nun, möglichst mit Waffengewalt, zum Vorieren gezwungen werden? . . . Von Bayern hat sich die Reichsregierung gefallen lassen müssen, daß der Präsident des Obersten Landesgerichts, Dr. Mayer, bekannt und wohl auch eingestellt als treuer Gesellschafter seines Herrn v. Rath und seines Königs Appellationsgerichts veröffentlichte, daß darauf hinausließ, der General Löfflow habe überhaupt nicht mehr den Reichswehrminister, sondern nur den bayerischen Generalstaatskommissar zu gehorchen. Wer will die sächsische Regierung hindern, nun etwa den Dr. Seigner zum Generalstaatskommissar zu ernennen, der dann von seinem Wehrkreiskommandeur Müller denselben Gehorsam verlangt, den Rabt von Löfflow beansprucht. Dann hätte es sich angesetzt, in einem Schlußwort: Herr Seigner wird solchen Unspruch kaum durchsetzen können. Warum nicht? Nur nicht das ganze Volk zu dem Schluß kommen: bayerische Machthaber dürfen tun, was ihnen beliebt, weil hinter ihrem Willkür die Drohung des Abfalls vom Reich steht, mit Sachsen wagt man Kräfte an zu reden, weil solche Führer und solcher Landesverrat nicht von ihm befürchtet wird?

**Rohrbach stirmt in München**

München, 18. Oktober. (Sig. Dr. Rehbericht.) Rohrbach ist in München und hat die Führung des nach ihm benannten Sturmtrupps der Nationalsozialisten übernommen. Die Übernahme des Münchner Kommandos wird am Freitagabend von den Saatenfreudern in einer besonderen Versammlung geleistet, in der neben Hitler auch Rohrbach sprechen wird. Die Freiheit sollte unbedingt öffentlich sein, was der Generalstaatskommissar aber nicht wünschte. Sie wurde genehmigt in der Form, daß der Befehl nur gegen Vorweis besonderer Einladungskarten oder dem Ausweis der Kampfsportorganisation und der Nationalsozialisten geübt werden darf. Je nachdem es mit diesen Einladungskarten gehandelt wird, kann man diese Versammlung auch als eine öffentliche amüsieren. Von einem durch den Reichswehrminister erlassenen Schlußbeschuß gegen Rohrbach ist den hohen Behörden "offiziell" nichts bekannt.

Auch in diesem Fall zeigt es sich, wie mit der Autorität des Reichs Schimpfbücher getrieben wird. Die sächsische Regierung hat

darauf gedrängt, daß Herr Geßler einen Schlußbeschuß erlässt. General Löfflow wäre verpflichtet, ihn auszuführen. Aber Herr v. Rath schüttet den Rohrbach. So kann dieser Reichsfeind in München seine Sturmtrupps drücken, bis sie stark genug sind, unter feiner Führung loszuschlagen. Der banalische Standort wird immer unerträglicher und gefährlicher.

**Die Hitlergarde requirierte Pulver**

München, 18. Oktober. (Sig. Dr. Rehbericht.) Ein in der Nähe von Memmingen (Württemberg) liegendes Pulvermagazin der Köln-Mettweiler Pulverfabrik wurde vor einigen Tagen zerstört und explodiert, und ein größeres Quantum Pulver und andere Gegenstände gestohlen. Die Memmingener Polizei teilt nun mit, daß sie die Täter ermittelt hat, die auch beständig sind. Es sind lautere Mitglieder der Nationalsozialisten. Ortsgruppe Memmingen. Das gestohlene Pulver konnte wieder beschafft werden.

**Arbeitsaufnahme im Ruhrgebiet**

Die Arbeitsaufnahme der Post- und Eisenbahncräfte im Ruhrgebiet hat gestern begonnen. Die Aufnahme des Verlohnens kann aber erst in einigen Tagen erfolgen, da vorher noch größere Ausscheidungsarbeiten vorgenommen werden müssen. Gemäß den Anweisungen des Reichsverkehrsministers erfolgte auch die Meldepflicht der Beamten für die Regierung in Südtirol. Doch wurden zunächst nur die Eisenbahner zur Anmeldung vorgelassen, die im besetzten Gebiet geboren sind. Nach Auffüllung eines Fragebogens wurden die Eisenbahner wieder entlassen. Die Mitteilung, ob und wann sie eingestellt würden, wird ihnen vor der Regie erst zu einem späteren Zeitpunkt bekanntgegeben.

Durch die Tatsache, daß sich die Eisenbahner auf Anweisung des Reichsverkehrsministers zum Dienst bei der Regie gemeldet haben, ist auch die vor Havia verbreitete Nachricht, daß der Reichsverkehrsminister die Fortsetzung des passiven Widerstandes im besetzten Gebiet durch die Eisenbahner angeordnet habe, als unwahr widerlegt.

**Todesopfer der Teuerungsunruhen**

Mannheim, 18. Oktober. Die Teuerungsunruhen haben auch gestern den ganzen Tag über angehalten. Die Arbeiterschaft hat zu einem erheblichen Teil der Auflösung der Bevölkerungsversammlung am 24. September Generalstreik folgt geleistet, wodurch die Gas- und Wasserleitung der Stadt empfindlich gestört wurde; die Straßenbahn verkehrte von 10 Uhr vormittags nicht mehr. Im Laufe des Tages kam es in verschiedenen Stadtteilen zu Zusammenstößen mit der Polizei, die Blümmerungen, wenn auch nicht Sachbeschädigungen verhüten konnte. Bei Räumung der Straßen sind zahlreiche Personen verletzt worden; die Zahl der Todesopfer läßt sich noch nicht genau feststellen. Im Krankenhaus erlagen fünf oder sechs Personen ihren Verletzungen und weitere Tote wurden in die Leichenhalle eingeliefert. Unter den Verwundeten befindet sich auch der Polizeihauptmann Bäckerrot. Durch Anschlag des Bevölkerungsstandes war die die Polizeistunde auf abends 9 Uhr festgesetzt und außerdem belämmert gemacht, daß nach § 4 der Verordnung des Wehrkreisamtes sonst mit Strafhaft bedrohte Verbrechen mit dem Tage bestraft würden und Auflösung zum Generalstreik verboten. Der bayerische Innenminister hat über Mannheim den Ausnahmezustand verhängt.

**Der Lottostandort oder Was in Bayern möglich ist!**

SPD. Der Kommandeur des bayerischen Wehrkreises, General a. D. Löfflow, wird, wie wir erfahren, am Freitag vom Reichsverkehrsminister abberufen werden.

Herr v. Löfflow ist Geßlers Untergebener, der bisher auf Geßlers Anordnungen pfiff und mit dem illegalen Diktator Nähe die Reichsverfassung — Reichsverfassung sein ließ. Als er abberufen werden sollte, runzelte Herr von Rath die Stirn. Die Abberufung unterblieb darauf. Jetzt, nachdem die außerhieratische Gesellschaft dagegen mobil wurde, soll er endlich abberufen werden. Sehen Leute der Reichswehr aus, die nach Herren Geßlers Wort „fest hinter Reichswehrleitung“ stehen. Wer steht hier eigentlich hinter wem?

**Wo sind die Verräter?**

Im Landtag schwelgten gestern die Vertreter der bürgerlichen Parteien geradezu in Klagen über die angebliche Unzähligkeit in Sachsen, ein Thema, das in den letzten Monaten rechtlich gering in der bürgerlichen Presse abgehantelt worden ist. Wie anderwärts, hat sich auch in Sachsen mancherlei erignet, das wir bedauern. Wenig aber daraus für die sächsische Wirtschaft wirklich in großer Nachteil entstanden sind, wie daß die Vertreter der bürgerlichen Parteien behaupten, so nutzlos, weil die bürgerliche Schmähkreise die Vorgänge in Sachsen maßlos übertrieben hat. In der ganzen Welt wurde durch dieses gemeingefährliche Treiben der Eindruck erweckt, daß in Sachsen völlige Anarchie herrsche, so daß austwärtige Besucher Sachsen sehr erstaunt über die Ruhe waren, die sie hier antroffen. An Hand eines reichen Materials wie Genossen Liebmann gestern den Herren von rechts nach, wie übertrieben und gelogen wird. Die bürgerlichen Parteien haben freilich allen Anlaß der sächsischen Regierung und der sächsischen Arbeiterschaft gegenüber nach dem Rezept zu verfahren: Halte den Dr. v. Dr. so zu tun, als wenn in Sachsen Recht und Verfassung mit Füßen getreten würden. Sie wollen die Aufmerksamkeit ablenken von den ungehemmlichen Verstößen gegen Recht und Gesetz, die heute von anderer Seite in Deutschland verübt werden.

Genossen Seigner schilderte gestern in längeren Ausführungen die enge Verbindung, die zwischen der Reichswehr und den freikirchlichen Verbänden besteht. Organisationen, die fast in allen deutschen Ländern mit Ausnahme von Bayern wegen ihrer Gemeingeschäftlichkeit verboten sind. Man braucht sich nicht darüber zu wundern, wenn ein Mann wie der Deutschnationale Beutler auf die schweren Anklagen Seigners nur damit zu antworten wußte, daß er dem Genossen Seigner Landesverrat vorwarf. Herr Beutler gab dabei der bei diesem Manne begreiflichen Schmähschlacht Ausdruck, den Genossen Seigner recht bald hinter Schloß und Riegel zu sehen. Die deutsch-nationalen Leute, die jederzeit bereit sind, Sachoverrat gegen die deutsche Republik zu verüben, legen auf die illegalen Verbände alle ihre Hoffnung. Mit Hilfe dieser Banden wollen sie ihre Gewaltsherrschaft wieder aufrichten.

Aber auch die Herren von den andern bürgerlichen Parteien, die sich bei jeder Gelegenheit als Wächter von Recht und Verfassung aufstellen, halten kein Wort des Tades, kein Wort der Kritik für den ungeheuren Standort, den Seigner aufgedrängt hat. Der Sprecher der Deutschen Volkspartei, der Herr Dr. Kaiser, brachte es fertig, Seigner den Vorwurf zu machen, er habe die Anfänge des Wiederaufruhrs der deutschen Wehrhaftigkeit der Entente vorgegeben. Die Schmähschlacht des deutschen Volkes nach Wehrhaftigkeit braucht ein Ventil.

Dieselben Leute, die so schnell der sächsischen Regierung gegenüber mit dem Vorwurf der Verfassungsverletzung bei der Hand sind, werden auf einmal zurückhaltend, wenn es sich um Reichsradikale handelt. Das nannte Verhältnisse der bürgerlichen Mittelparteien in diesem Hause zeigt, daß bei ihnen der Sinn für Recht und Gesellschaft zum Teufel gegangen ist. Seit Jahr und Tag werden unter Zuläufung und Förderung anderer Stellen in Deutschland die schwersten Verstöße gegen Recht und Gesetz begangen. Aber jetzt werden sich die Kritik der Demokraten und Volksverteiler nicht etwa gegen diese Aufländer. Man verlastet nicht, daß die Schmähschlacht gezogen werden. Aber gegen den Mann, der seit Jahr und Tag gegen diese Mißstände angekämpft hat und jetzt nach Erziehung aller andern Mittel endlich die Flucht in die Öffentlichkeit unternimmt, erhebt sich eine Welle von Hut und Verleumdung. Wenn Dr. Kaiser das Treiben der rechtsradikalen Verbündeten damit zu rechtfertigen sucht, daß er von dem Bedürfnis des deutschen Volkes nach Wehrhaftigkeit spricht, so heißt das die Tatsachen auf den Kopf stellen. Was hat das deutsche Volk in seiner Mehrheit mit dem dunklen Treiben dieser Verbindungsgruppen zu tun, die aus zweifelhaften Abenteurern und allerhand reaktionärem Gesindel bestehen und dem deutschen Volke seine demokratische Freiheit rauben wollen? Soll's es Herrn Kaiser wirklich nicht klar sein, daß sich das gefährliche Spiel dieser Leute nicht gegen die sogenannten äußeren Feinde Deutschlands richtet? Die Kreise, die das Treiben der rechtsradikalen Verbände bestimmen, wissen ganz genau, daß diese Verbände damit bestückt sind, einen — trocken oder blutigen — Kutsch gegen die Republik vorzubereiten. Daran ist doch wirklich nicht zu denken, daß man mit Hitlerbanditen und Stahlhelmgeindel den Kampf gegen Frankreich mit Erfolg führen könnte.

Mögeln diese Leute bei ihren Zusammenkünften auch noch so laut gröhlen: Siegreich woll' wir Frankreich schlagen. Das dunkle Spiel, das hier getrieben wird, bringt dem deutschen Volke ungeheure Gefahren. Seigner wies in seiner Rede darauf hin, daß Frankreich selbstverständlich über alle

diese Dinge unterrichtet sei. Hier wird in gemeingefährlicher Weise den Vertretern der Gewaltpolitis in Frankfurt in die Hände gearbeitet. Was kann es für Boimarcé und die Seinen für eine bessere Nachfertigung geben, als wenn er nachweisen kann, daß in Deutschland trotz allen Verstümmelungen der Friedensverträge heimlich gerüttelt wird? Bei der Verantwortungslosigkeit der Reichsradikalen ist es nicht ausgeschlossen, daß eines Tages Herrn Boimarcé einen Vorwand zu einer neuen Gewalttat gegen Deutschland geben. Neues, unfähiges Unglück kommt dann über die Massen des deutschen Volkes. Nicht der begibt Landesverrat, der den ungeheuren Standort aufdeckt, der sich hier abspielt, wie Genossen Seigner, sondern der begibt Verrat am deutschen Volke, der hier zu verteidigen und zu bemühten sucht, wie die Stoiber und Co.

**Sächsischer Landtag**

60. Sitzung. Donnerstag, 18. Oktober, vormittags 10 Uhr.

(Fortsetzung)

Ministerpräsident Dr. Seigner:

Ich halte mich am Scheiben des Generals Müller. (Abz. Dr. Seigner: Sie wußten, daß die Reichsregierung bestimmt ist!) Das ist mir erst vormittags mitgeteilt worden. (Widerspruch bei den Demokraten.) Darum: Gibt es nicht der Militärmarsch informiert? Der Militärmarsch hat mit das nicht mitgeteilt. Ich werde das aber sofort aufklären lassen. Der Ministerpräsident geht dann ausführlich auf die Beschlüsse des Reichswehr zu den illegalen Geheimorganisationen und seine Schritte bei der Reichsregierung und deren Erfolg ein, wobei er betont, daß er in dieser Stunde nicht so vorbehaltlos sprechen könne, als wie er bestimmt habe. Das Reich hat eine schwere Klemme, ohne daß anscheinend die Reichsregierung etwas davon weiß. Der Ministerpräsident weiß jeden im Januar eine umfangreiche Denkschrift in dieser Frage in Berlin überreichen lassen. Ob in jede Beziehung zwischen Geheimorganisationen und Reichswehr traut er sich einen Beweismaterial in Abrede gestellt werden.

Es hat alles nichts genutzt. Auf die Denkschrift sind wir ohne Antwort geblieben. Die Beschlüsse sind zweifellos illegal und gefährden den Staat. Das Altmateriale ist unverzüglich. Die Verbindungen sollen gelöst sein, wo sie bestanden haben. Welch ein unheilvolles Optimismus! In den letzten Tagen hat eine Reihe von Kommissionen bemerkt, daß die Verbindung denkbar eng ist. Man soll den Dingen nicht ausweichen, die sich immer zur Katastrophe auswachsen. Die sächsische Wehrhaftigkeit und vollkommen organisierte Verbände mit Waffen und Uniformen. In verschiedenen sächsischen Orten befindet sich schwere Reichswehr, auch in Königstein sind Ausbildungen erfolgt. (Hört, hört links!) Gegen die legale Reichswehr habe ich nichts, aber die illegalen Organisationen machen sich eine politische Macht an. Sie sehen sich aus rechtsradikalen Freien zusammen. Das ist absolut sicher festgestellt. Von dieser illegalen Reichswehr sind in letzter Zeit Tausende eingekleidet worden. (Große Lautstärke.) Ob Dr. Geßler davon unterrichtet ist, weiß ich nicht. Man soll sich nicht über die Größe und Macht dieser Kontrahenten täuschen. In andern Ländern entwölfen sich ähnliche Verhältnisse wie in Bayern. Bräuche gegen diese Leute verlaufen im Sende.

Die Richter kommen in einen tiefen sittlichen Konflikt. Es sind Akten verloren. Es handelt sich auch um die Sauberkeit der Verwaltung unter Justiz. Alle diese Dinge müssen katastrophal werden. Die illegalen Organisationen müssen in wenigen Wochen niedergeschlagen werden. Heute sind wir vielleicht noch in der Lage, der schwarzen Reichswehr Herr zu werden. Gelingt das aber nicht, dann werden wir erleben, daß die illegalen Organisationen in einigen Wochen neben der Reichswehr und mit der Reichswehr marschieren. Diese illegalen Organisationen haben zwar noch nach unten hin keine Macht, aber die illegalen Organisationen machen sich eine politische Macht an. Sie sehen sich aus rechtsradikalen Freien zusammen. Das ist absolut sicher festgestellt. Von dieser illegalen Reichswehr sind in letzter Zeit Tausende eingekleidet worden. (Große Lautstärke.) Ob Dr. Geßler davon unterrichtet ist, weiß ich nicht. Man soll sich nicht über die Größe und Macht dieser Kontrahenten täuschen. In andern Ländern entwölfen sich ähnliche Verhältnisse wie in Bayern. Bräuche gegen diese Leute verlaufen im Sende.

Die Richter kommen in einen tiefen sittlichen Konflikt. Es sind Akten verloren. Es handelt sich auch um die Sauberkeit der Verwaltung unter Justiz. Alle diese Dinge müssen katastrophal werden. Die illegalen Organisationen müssen in wenigen Wochen niedergeschlagen werden. Heute sind wir vielleicht noch in der Lage, der schwarzen Reichswehr Herr zu werden. Gelingt das aber nicht, dann werden wir erleben, daß die illegalen Organisationen in einigen Wochen neben der Reichswehr und mit der Reichswehr marschieren. Diese illegalen Organisationen haben zwar noch nach unten hin keine Macht, aber die illegalen Organisationen machen sich eine politische Macht an. Sie sehen sich aus rechtsradikalen Freien zusammen. Das ist absolut sicher festgestellt. Von dieser illegalen Reichswehr sind in letzter Zeit Tausende eingekleidet worden. (Große Lautstärke.) Ob Dr. Geßler davon unterrichtet ist, weiß ich nicht. Man soll sich nicht über die Größe und Macht dieser Kontrahenten täuschen. In andern Ländern entwölfen sich ähnliche Verhältnisse wie in Bayern. Bräuche gegen diese Leute verlaufen im Sende.

Abg. Dr. Beutler (D. B.): Abgesehen von dem engen Kontakt am Dr. Seigner würde es jeder Mann begrüßt haben, wenn dieser 18. Oktober in der Geschichte des sächsischen Parlaments nicht erinnert wäre. Das Vorgehen der sächsischen Regierung entstammt offenbar der Erziehung, daß die Reichswehr dem Bevölkerung, die Stadt der äußersten Linken unter allen Umständen aufzurichten bestrebt sei.

Abg. Dr. Beutler (D. B.): Wir lassen es ab, uns an der Aussprache zu beteiligen. Wir halten sie für offenen Betrachter. Wir dekauern, daß die Reichswehr nicht Mittel und Wege gefunden hat, um diesen Landesverein unmöglich zu machen. Wir dekauern, daß die Immunität gegenüber Dr. Seigner noch besteht. (Hier kommt es minutenlang zu ungeheuren Rätseln auf der Bühne, so daß die Sitzung eine Weile unterbrochen werden

muss. Abg. Meissner rief dem Dr. Seifert zu: Sie sind der erste, der an den Palernenhof kommt!

Meissner (Komm.) bedauert, daß der Ministerpräsident nicht mit seinem ganzen Material herausgerückt ist. Jede Rücksichtnahme müßte fallen gelassen werden.

Es kommt dann noch eine kommunistische Anfrage wegen Niedermachung von Versammlungen der Arbeiterschaft zur Verhandlung. Nach ihrer Begründung durch den Abg. Schmitt gibt

Abg. Hammelberg (Dnat. Op.) die Erklärung ab: Wir werden uns nach den Ausführungen des Ministerpräsidenten an den heutigen Verhandlungen nicht mehr beteiligen. (Die Kommunisten rufen ihnen zu: Macht doch, daß ich fortkomme!)

Die Deutschnationalen verlassen darauf die Sitzungssaal.

Innenminister Lehmann: In Eingaben von Unternehmern verhindert wird es so hingestellt, als ob Sachsen überhaupt kein Reichsamt mehr wäre. War hat sogar die Reichsregierung gegen Sachsen verlangt, aber verschwunden, welches die Ursachen der Unruhen gewesen sind. Sie sind Ercheinungen der künftigen Weltentwicklung. Wir verurteilen, daß es zu Zusammenstötungen und Ausschreitungen gekommen ist, aber darüber von einem Verfahren der Polizei zu sprechen, ist falsch. Ausschreitungen bei Demonstrationen sind nicht nur in Sachsen vorgekommen, sondern auch in anderen Ländern. Partei mit nicht die schwere Disziplin unter der Arbeiterschaft, wäre es wahrscheinlich noch zu ganz anderen Ercheinungen gekommen. (Sehr richtig! Läuft.) Der Minister geht dann ausführlich auf die einzelnen Anfragen und Antworten ein und erklärt haben, daß die Regierung kein Fall bekannt ist, in dem wirtschaftliche oder politische Versammlungen der Arbeiterschaft überwacht worden seien. Gehen Polizeibeamte in solche Versammlungen, so könnte das nur zu Informationszwecken geschehen, und wenn nur die Versammlungsleiter damit einverstanden erklärten. Die Regierung habe keine Veranlassung, Versammlungen der Arbeiterschaft bestimmen zu lassen, sie würde vielmehr, wenn so etwas vorzukommen und ihm dies mitgeteilt würde, dem entgegenstehen.

Abg. Dr. Schneider (D. Op.) spricht von unerhörten Auswänden in Sachsen und von Terroranschlägen gegen den sozialistischen Aufstand. Es handelt sich nicht um eine Diktatur des Proletariats, sondern schon mehr um eine solche des Kumpfesproletariats.

Abg. Dr. Höhne (D. Op.) wendet sich gegen die Behauptung Stewerts, daß die Chemnitzer Polizei die Arbeiterschaft in unchristlicher Weise provoziert habe. So habe auch eine Chemnitzer Feierfeier-Versammlung die Rassung einer Revolution gegen die Polizei abgelehnt.

### Freitag-Sitzung

Einen Anfang des Berichtes siehe unter „Zwischenfall im Landtag im Sachsenland“

Hierauf wird in der Verhandlung der Anträge und Anträge wegen der Unruhen in Sachsen fortgesetzt.

Abg. Dr. Weigel (Dem.) geht auf die Unruhen im Erzgebirge ein, wobei er sich in Aussätzen gegen die Regierung und die Regierungsparteien gefällt.

Zuständigster Dr. Neu: Der Abg. Schneider hat bei Beprechung terroristischer Aktionen gesagt: Wo ist gegen den Terror eingeschritten? Ich stelle die Gegenfrage: Wo ist die Justiz nicht eingeschritten? Die Justizprävention hat auf Ertrag und Aufhebung von Haftbeschränkungen Einfluss. Der Richter untersucht bloß den Gesetz. Ich meine also die Vorwürfe des Abg. Schneider als unvergrundet zurück. Im übrigen sollte man die Ruhigstellung aus dem politischen Streite möglichst ausschließen, nur so kann sie unparteiisch wirken.

Abg. Voigt (D. Op.) behauptet, die Tätigkeit der Hundertschaften habe mit Schutz der Bevölkerung und der Republik gar nichts zu tun.

Abg. Wehmann (Dem.): Al die Anträge und die Anträge erfüllen sich aus dem Gefühl der Un Sicherheit, das in ganz Sachsen herrsche.

Abg. Stewert (Komm.) erklärt, die Unruhen gingen nicht von Gewerkschäften aus, sondern von rechtsdienenden Probotateuren.

In der meiste Sache beteiligen sich noch die Abg. Grellmann (Dnat. Op.), Schmeller (Komm.), Dr. Reichsleiter (Dnat. Op.) und Bauer (Dnat. Op.). Ihre Ausführungen rieben dann noch eine Entgegnung des Ministers Lehmann herbei.

### Eine Erklärung des Ministerpräsidenten

Zu den gestrigen Ausführungen des Abgeordneten Dr. Seifert erklärte Ministerpräsident Dr. Seifert unter anderem: Das Brief des Wehrkreiscommandeurs ist gelassen, nachmittags 12.10 Uhr, in meiner Befreiung gekommen. Wie ich sofort dem Landtag mitteilte, konnte ich aus diesem Briefe folgern, daß der Vorfall dem Herrn Reichsminister unterbreitet werden sollte, aber noch nicht unterbreitet worden war. Ich habe gestern Dr. Seifert an seinem Platz in Gegenwart mehrerer Mitglieder meiner Fraktion gefragt, wie er zu seiner Behauptung komme. Jetzt erkl-

erfuhr ich, daß der Reichstagabgeordnete Meier darüber unterrichtet sein soll, daß er hinter dem Urteil der Reichsregierung steht und daß er mir das vor der Verlehung des Briefes mitgeteilt haben soll. Daraufhin habe ich den in anderer Angelegenheit bei mir vorsitzenden Oberleutnant Freiherrn v. Hassenstein gebeten, im Wehrkreiscommando festzuhalten, ob Herr Stadtkommissar Meier oder ein anderer mit der Regierung in Verbindung stehender Herr davon Kenntnis gehabt habe, daß hinter dem Urteil des Herrn Wehrkreiscommandeurs die Reichsregierung stehe. In einem nachmittags gegen 4% Uhr bei mir eingegangenen Briefe teilt mir der Herr Wehrkreiscommandeur folgendes mit:

„Was die an Herren Oberleutnant Freiherrn v. Hassenstein gerichtete Anfrage anlangt, ob irgendwelchen Herrn der Regierung Mitteilung gemacht worden sei, bringe ich folgende Mitteilung: Schreiben Nr. 5550 23 im Unternehmen mit dem Herrn Reichswehrminister abgesandt worden sei, das am 17. Oktober übergehende Schreiben Nr. 5550 23 im Unternehmen mit dem Herrn Reichswehrminister abgesandt worden sei, bringe ich folgende Mitteilung: Am 17. Oktober erklärte der Herr Regierungskommissar Meier in einer Rücksicht mit dem Hauptmann Olbrich, daß er mit dem Herrn Ministerpräsidenten soeben im Landtag über das fragliche Schreiben gestritten habe und dabei ihm gegenüber ganz ausdrücklich habe, daß dieses Schreiben im Unternehmen mit dem Herrn Reichspräsidenten abgesandt worden sei.“

Dies war mir unbegreiflich, denn von einer solchen Mitteilung des Herrn Regierungskommissars Meier war mir nichts bekannt. Da eine Besprechung, die gestern abend zwischen 6 und 7 Uhr stattgefunden hat, teilte mir nun Herr Abgeordneter Seifert mit, daß Herr Meier Dienstag nachmittag im Gebäude nach mir fragt habe, er wolle zu mir um folgende Mitteilung zu machen: Es werde binnen kurzem ein Brief des Wehrkreiscommandeuses kommen, zweifelei sei er schon in meinen Händen, der von der Regierung eine klare Stellungnahme zu der Leipziger Note des Ministerpräsidenten verlangt. Dieser Brief soll ultimativ gehalten und — wenn ihm eine besondere Note gebe sei die Tatsache, daß ihm — bekannt geworden sei, daß die Reichsregierung davon Kenntnis habe.

Der Herr Abgeordneter Seifert hat mich sofort darüber orientieren wollen, daß der Brief im Unternehmen mit der Reichsregierung geschildert werden sei, konnte mich aber nicht erreichen. Als Herr Kommissar Meier sich dann im Saale an mich wandte und mir sagte, es sei ein Brief unterwegs, der sich mit dem Recht des Ministers Völkischer Freiheit habe, daß ich ihn unterbrechen mit den Worten: „Ich weiß schon, ich habe den Brief schon im Besitz.“ Herr Abgeordneter Meier hat mir jedoch leidenschaftlich mitgeteilt, er habe mir allerdings auch noch gesagt, dieser Brief soll geschrieben werden im Unternehmen mit dem Reichspräsidenten, ich hätte aber gar nicht richtig auf ihn gehört, sondern hätte einem gerade sprechenden Redner zugehört. Er gehe deshalb zu, daß ich möglicherweise seine Mitteilung überhört hätte. Anstatt mit nur bei der außerordentlichen Tragweite dieser Mitteilung noch mit einigen schriftlichen Worten höhere Kenntnis von der Tatsache zu geben, daß der Brief im Unternehmen mit dem Herrn Reichspräsidenten abgesandt worden sei, hat er den Faß darin wieder angehoben verlassen.

Ich habe daher ist, daß mit weder bei der Verlehung des Briefs des Herrn Wehrkreiscommandeurs, noch bei der Abgabe der Regierungserklärung am Mittwoch abends bemerkte gewesen ist, daß die Reichsregierung hinter dem Schreiben des Generals Müller steht. Das habe ich erst in der soeben geschilderten Weise im Laufe des Donnerstag durch die Erklärung des Herrn Abg. Dr. Seifert und durch den Brief des Herrn Wehrkreiscommandeurs erfahren.

Auf Grund der Mitteilung meines Parteifreundes Seifert am gestrigen Abend habe ich dann den Herrn General Müller darüber interpelliert, ob tatsächlich jener ultimative Brief der Reichsregierung oder dem Herrn Reichspräsidenten vorgelegen habe. Mir ist mitgeteilt worden, daß das Wehrkreiscommando sich mit Berlin nun über den Prinzipiellen Inhalt des Briefs mit Berlin verständigt hat, also darüber, ob die Regierung zu einer Stellungnahme zur Recht des Herrn Ministers Völkischer Freiheit verlangt werden soll. Seitdem ich gestern abend telefoniert hatte, sind die weiteren Einzelheiten und insbesondere die Formulierung des Schreibens in Berlin nicht bekannt gewesen. Ich selbst bin auch jetzt noch nicht in der Lage, zu sagen, wie weit die Kenntnis des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung von dem Inhalt jenes Schreibens tatsächlich geht.

Es bleibt also nur noch festzustellen, daß auch die Behauptungen des Herrn Abg. Schmeller vom heutigen Vormittag unzutreffend sind. Ich hatte schon erwähnt, daß Herr Abg. Seifert mir gestern abend zwischen 6 und 7 Uhr Mitteilung gemacht habe, daß von den wenigen Worten, die er mit Herrn Meier gewechselt hatte, bevor ich nach dem Klosterhaus zu Herrn General Müller fuhr, lamen die Herren Minister Völkischer und Heide und Herr Director Brandtler zu mir, und dabei habe ich Ihnen mitgeteilt, daß ich im Begriffe sei, zu General Müller zu fahren, um den Vorfall mit Herrn Meier aufzuklären. Meier habe leider nur mit Herrn Abg. Seifert darüber gesprochen, daß die Reichsregierung hinter dem Briefe steht.

Aus dieser Mitteilung haben nun wieder die Herren von der kommunistischen Fraktion gefolgt, daß Herr Seifert und Herr Meier mir absichtlich die Kenntnis von diesen Dingen vorerhalten hätten und haben daraufhin heute vormittags ihren ganz unbegründ-

eten Vorwurf gegen Herrn Abg. Seifert unternommen. Ich bitte Ihnen gegenüber seit, daß zwischen mir und Herrn Abg. Seifert in einer wichtigen Auffassung dieser Frage nicht die geringste Meinungsverschiedenheit oder Meinung besteht. Es liegt nicht der geringste Anhalt dafür vor, daß sozusagen von einigen Mitgliedern der Fraktion ein Komplotte gegen die Regierung geschmiedet gewesen sei.“

Abg. Wirth (Soz.) gibt darauf folgende Erklärung ab: „Aus den Feststellungen des Herrn Ministerpräsidenten ergibt sich, daß in der Ansicht der kommunistischen Fraktion ungestützte Anschuldigungen und Verdächtigungen gegen einzelne Mitglieder unserer Fraktion bestehen, besonders gegen den Landtagsabgeordneten Seifert völlig unbegründet sind.“

Die Art, wie dieser Vorstoß von der kommunistischen Fraktion unternommen wurde, widerstreicht zudem den Vereinbarungen, die in bezug auf ein geistliches parlamentarisches Zusammensetzen beider sozialistischen Parteien bei der Regierungsbildung getroffen wurden.

Die sozialdemokratische Partei protestiert daher mit aller Entschiedenheit gegen solch ein Vergehen, das noch aufzuzeigen wie eine Schwäche der Regierungstradition angesehen werden kann.“

Abg. Schmeller (Komm.): Es handelt sich um eine mysteriöse Verleumdung. Recht habe man offenbar in Berlin gesetzt, daß man eine politische Rücksicht begangen habe, und nun versteht man die Tache einzubringen. Es bleibt dabei, daß General Müller im Auftrage des Reichspräsidenten gehandelt hat.

### Kleine politische Nachrichten

Die Reichswirtschaftsleitung in Meiningen. Aus Weimar wird uns berichtet: In der Sonderabstimmung des Thüringischen Landtags gab Staatsminister Gräßel für die neugebildete Landesregierung einstimmig Votum für den Vorschlag in Meiningen am 13. Oktober folgende Erklärung ab: „In Meiningen ist durch die Schuld der Reichsregierung, daß von der Polizei nicht zu Hilfe gerufen werden darf, merkwürdiges Arbeiterschlaf geslossen. Drei Menschen haben ihr Leben eingehöhlt. Heute werden die Opfer aus letzter Mühe geholt. Die Regierung bedauert den Verlust der Opfer, die ohne das Eingreifen der Reichswehr vermieden werden. Den Hinterbliebenen spricht die Regierung ihre Anteilnahme aus und verspricht in dieser Stunde, alles zu tun, um Klärheit über den Vorgang zu schaffen, und nicht zu ruhen, bis der Ausnahmestand befehligt und die Freiheit des Volkes gesichert ist.“

Geldanleihe als Zahlungsmittel. Die Reichsbank erklärt, daß der Fried der kleinen Städte der wertbeständigen Anleihe (1, 2 und 5 Dollar) so leichtsunfähig werden ist, daß sie jetzt ausgetragen werden. Ein von Witten nächstliegender Tochter an dient so viel weitere Städte der Anleihe denkt, um sie mit dem Verlauf der Städte über den Bedeutung der Union gemäßt werden kann. Es besteht dann die Möglichkeit, die Einkünfte auf diese Weise zu erwerben, um so als ein der Entwicklung nicht ausgelegtes Zahlungsmittel zu verwenden.

**Gewerkschaftsbewegung**

**Die Forderungen des Dresdner Gewerkschafts-Kartells**

Die Not der sozialistischen Arbeiterschaft ist infolge der wirtschaftlichen Verhältnisse und der ungeheuren Ernährungsschwierigkeiten ins Unerträgliche gestiegen. An den verschiedensten Orten, ebenso wie auf dem Lande, kommen Neidungen, daß Lebensmittelgeschäfte gestürzt werden sind. Es ist zu befürchten, daß die Blünderungen infolge der ungeheuren Not noch größerer Umfang annehmen und bei dem beständigen Ausnahmestand unter Blünderungen gar zu Blutvergießen führen können. Dem muß unter allen Umständen vorgebegeben werden. Allein in Dresden dürfte die Zahl der Erwerbslosen und Fürsorgeempfänger zusammen mit den Familieneinkommen weit über 200.000 Personen betragen. In ganz Sachsen dürften ungefähr insgesamt über 1 Million Personen vorhanden sein, die zur Zeit der Rücksicht unterliegen. Der Ortsausschuß Dresden des A. D. G. S. hat daher den Bundesvorstand des A. D. G. S. noch einmal in letzter Minute auf den ungeheuren Ernst der Lage der arbeitenden Bevölkerung aufmerksam gemacht und ihn ermahnt, sofort bei der Reichsregierung und dem Reichspräsidenten energisch auf Maßnahmen zur Abhilfe der hier herrschenden Not zu drängen. Der Bundesvorstand wird dringend erinnert.

1. energetisch bei der Reichsregierung dahin zu wiesen, daß das für gewisse Bezirke bestehende Ausnahmeverbot in Kartoffeln aufgehoben wird.

2. entschieden für eine Verbilligung des Brotpreises einzutreten.

3. bei der Reichsregierung gegen die Aufhebung der §§ 12 bis 15 der Verordnung vom 12. Februar 1920 energisch Protest einzulegen und im Reichstage dafür einzutreten, daß gesetzliche Beschränkungen getroffen werden, die sich im Sinne der Verordnung des Reichsarbeitersministeriums vom 8. Oktober 1923 halten.

Die rechte Forderung gründet sich auf die starke Erregung innerhalb der Arbeiterschaft über die gelegte geistige Maßnahmen der Reichsregierung auf sozialpolitischen Gebieten, die zu derartigen Gewerkschaftsverstößen mitgeführt haben.

### Das Arbeitszeitgesetz

Die Sachverständigenkommission der Koalitionsparteien im Reichstag hat ihre Verhandlungen über das Arbeitszeitgesetz zum Abschluß gebracht. Es wird voraußichtlich bestimmt werden, daß unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Arbeitstages im Vergleich und in den besonders gesundheitsförderlichen Betrieben eine Verkürzung bis zu acht Stunden und in den übrigen Betrieben bis zu neun bis zu neun oder acht Stunden zugelassen werden. So veränderte Arbeit zulässig ist, muß sie durch tarifliche Verhandlung eventuell auf dem Wege des Schlichtungsverfahrens oder legistisch durch den Arbeitsminister angeordnet werden. Ein Verlangen des Sozialdemokraten, daß bei den Ausführungsbestimmungen des Arbeitsministers ein Ausdruck des Reichstages mitgewirkt soll, sonst nicht die Billigung der bürgerlichen Parteien. Die Kommission wird am Dienstag nochmals zusammenkommen, um die dann endgültig vorliegende neue Fassung des Entwurfs zu begutachten und am Mittwoch wird die Verlage voraußichtlich im Plenum des Reichstages nach kurzer Erklärung der Parteien an den Sozialpolitischen Ausschuss überreichen werden, der den Entwurf so schnell erledigen soll, daß er am Donnerstag zur zweiten Lesung im Plenum kommen kann.

### Der Dollar 11.970.000.000,-

	19. 10.	19. 10.	19. 10.	19. 10.	19. 10.
Proj.	Geld	Brie	Geld	Brie	Proj.
Nürnberg 1 Gib.	4068 00000	409170000	818680000	821602000	
Wien 1 Gib.	—	3778 00000	388970000	266281000	269260000
Norwegen 1 Ar.	—	16487 0000	1854625000	1264820000	1271190000
Tönemarck 1 Ar.	—	208670000	209220000	143210000	143930000
Schweden 1 Ar.	—	8186140 000	8151680000	215400000	216340000
Helsingfors 1 Ar.	—	817905000	818705000	217465000	215348000
Belgien 1 Ar.	—	614480000	615540000	42.940000	42574000
Italien 1 Ar.	—	818520000	841350000	871030000	872800000
London 1 Gib.	—	538567000	541350000	869075000	87002000
Newark 1 Dollar	40	11970000	12030000	812080	808400000
Paris 1 Ar.	—	712215000	715783000	49770000	498240000
Schweiz 1 Ar.	—	213405000	214553000	146438000	147167000
Spanien 1 Pez.	—	180797000	181610000	110823500	1108753000
Wien (abg.) 1 Ar.	—	167580	16840	115710	116290
Prag 1 Ar.	—	885509000	857291000	248397000	244610000
Budapest 1 Ar.	—	66382b	671675	448875	451125

### Leben \* Wissen \* Kunst

**Turando**

Der Staat hat den

**Filmschau  
Ausstellungspalast**

Eingang: Stübelallee

**Jackie, my Boy** — Du brauchst die weiten Schluderhosen nicht und nicht die Schiebermütze, Du brauchst Deine großen Kinderaugen nicht zu vergewaltigen, bis die dicken Krokodilstränen in die Groß-Aufnahme tropfeln. **Du bist auch so unsre schwache Seite.**

**Mein Junge (My Boy)**

11. - 1. Uhr

# Der Pantoffelheld

Ein lustiges Spiel in Eisen — 5 Teile mit **Liane Haid, Reinhold Schünzel, Paul Hartmann**

Musik-Illustration: Das gesamte Kaufmann-Orchester unter persönl. Leitung des Musikdirektors Kaufmann

Täglich zwei Vorführungen: 5 und 8 Uhr, Einlaß 4½ Uhr — Sonnabends: 3, 5 und 8 Uhr, Einlaß 2½ Uhr

Karten im Vorverkauf: Residenz-Kaufhaus

Jugendliche haben zur ersten Vorstellung Zutritt

**Dresdner Philharmonie.** Sonntag den 21. Oktober, abends 7½ Uhr. Gewerbehaus! **Volkstümliches Konzert** Leitung: Kapellmeister Kurt John. Soli: Konzertmästir Fritz Schauder (Violon), Ouvertüren: Lohengrin — Mignon — Cavalleria rusticana — Peer Gynt. Volkstümliche Preise — Karten bei Ries, Rudolph, Gruner Straße, Bühnenvolksbund und an der Abendkasse.

Dienstag den 23. Oktober, abends 7½ Uhr. Gewerbehaus! **IV. Volks-Sinfonie-Konzert.** Leitung: Professor J. G. Kraczek. Solist: Hermann Drews (Klarinet). Chorbläser: Anakreon. Mozart: Klavierkonzert C-Moll. Bruckner: III. Sinfonie. Karten ab Donnerstag bei F. Ries, Seestr., Rudolph, Gruner Straße, Bühnenvolksbund und an der Abendkasse.

**Bühnenvolksbund - Konzertgemeinde.** Freitag den 19. Oktober, abends, 7½ Uhr, Künstlerhaus: **I. literarisch-musikal. Abend Eichendorff.** Hermann Görtler, Gesang. Paul Aron, Klavier. Hans-Christoph Kaergel, Vortrag. Karten bei Ries, Rudolph, Gruner Straße; Bühnenvolksbund und Abendkasse. Bühnenvolksbund: Pflückeranstaltung 9001-9500.

**HAMBURG-AMERIKA LINIE**  
**UNITED AMERICAN LINES INC**

Nach NORD-, ZENTRAL- UND SUD-  
**AMERIKA**  
AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speises- und Fleischsalat. Erstklassige Salons u. Kabinsäume.

Etwas wöchentliche Abfahrten von HAMBURG NACH NEW YORK

**EISENBAHNFÄHRKARTE** zu Schiffsreisen. Zusammenstellbare Fahrscheinhefte für das In- und Ausland.

**SCHLAFFWAGENPLÄTZE** Reisekarten für deutsche und für internationale Schaffwagen.

**REISEGEPÄCKVERSICHERUNG** ohne Zeiterlust auf günstigen Bedingungen, auch für Übersee.

**LUFTVERKEHR** Rundflüge, Reklameflüge, Beleb- und Paketbeförderung.

Auskünfte und Drucksachen durch HAMBURG-AMERIKA LINIE HAMBURG und deren Vertreter in: Chemnitz: Alfred Blank, Langestraße 25. Bautzen: Ernst Schubert, Töplerstraße 21. Dresden: Emil Hölek, Prager Straße 41. (1244)

**Film-Fahrt** zum **Feuerland**  
Redner: Kapitän Herbert, Hamburg.

**Zum letzten Male!** Sonnabend den 20. Oktober 1923 5½ Uhr — 8 Uhr  
im Konzerthaus.  
Vorverkauf im Beispielen Mende, Moszinskastraße 1. (1582)

**Prinzen-Theater**  
Das große Programm!  
Der Gloria-Film der Ufa

**Die grüne Manuela**  
Der Film der internationalen Besetzung

Berlin: Wilhelm Dieterle  
Budapest: Lucie Labacz  
Riga: Ari Anzo  
Rio de Janeiro: Jose Winter  
Rom: Angelo Ferrari  
Wien: Gio Bergal

Regie: E. A. Dupont  
U. Z. am Mittag schreibt: Hier haben wir jetzt den ersten großen internationalen Film. Er wird, wie er da ist, dem Publikum unzulässig gefallen... (1583)

Lefer! Raust bei unsfern Interferenten.

Jahrmarkts - Sonntag von 11 Uhr an geöffnet!

# Wir erleichtern Ihnen

den Einkauf in

## Blusen, Röcke, Kleider, Kostüme

### Mäntel und Damen-Herrn-Stoffe

durch Ausgabe von werbeständigen

**Sparbons**

17 Scheffelstraße 17 (am Altmarkt)

Birnberg & Co., Dresden.

1. Etage Kein Laden

**Für den Herbst und Winter!**  
In allen Abteilungen  
**Extra-Freise**  
elegante Kostüme, Mäntel usw.  
**Goldmann**  
am Altmarkt (1257)

**Neu!** **Beachten!**  
Anzüge, Kleider und Mantelstoffe  
trotz des hohen Dollarstandes noch  
sehr preiswert.  
**Tuch-Zentrale (Jos. Grünbaum)**  
19 Wettinerstraße 19 (1282)

**Fahrräder**  
Wanderer — Brennabor  
Osmi — Avanti  
Verteilstoffe Preise.  
**Schmelzer**  
Ziegelstraße 19.

**Lederhandlung**  
Leder-Ausschnitt en détail  
Schuhmacher-Bedarfsartikel  
**Max Göbel & Adam**  
DRESDEN-N. Telefon 10172  
Alaunstraße 12 u. 23

**EinKasten**

**Könitzer Schwarzbiere**  
enthält mehr Böhmer als eine Meinung feiner Bierbrauer. Täglich genossen. Es ist leichter Edelmetall der beste Erfolg, um großzügig zu sein für Gesunde und Frische. Gitarre u. Allesbüttel e. Wegen der Fröhlichkeit und heilsamen Wirkung von den Ärzten allgemein geschätzt u. empfohlen. Allesbüttel auch folgt Böhmer Königlicher Schwarzbiere jeder gämt zu dem seln.

Anträge erbeten:  
C. Nohberg, Wallstraße 19. Tel. 16586.  
Schubert & Sadje, Könitzerstr. 18. Tel. 20133.  
A. Bergmann, Strebeln, Reichsstraßen 39. Telefon 48012.  
M. Hachendorfer, Marienstraße 44. Telefon 27428.  
Von 10 Minuten an frei Hand (1253)

**Reichenberg**  
Beteiligung an die Dresdner Volkszeitung, am fasch. Partei-Literatur und sonstige Bücher sowie Anträge für die Volkszeitung müssen eingehen. Köln. Aug. Petzold, Reichenberg, Luther

**Musik-Instrumente**  
erhält Sie noch preiswert  
**Gitarre, Mandoline** einzeln lange zu Preisen, von null, zu Wiederkäufen, bei J. Pimler Landhausstraße 27 direkt a. Wiederkäufen. Wie entstehten Die Fahrt ins Unbekannte, u. Hans Gold, Verlebshandlung Wettinerstraße 10

In jedem Fall  
Die beste Schuhcreme ist Erdal.

**Erdal**  
Werner & Mertz, A.-G. Mainz

# Für die Regierung Zeigner

Vertrauenskundgebungen der Arbeiterschaft Groß-Dresdens in zehn Massenversammlungen

Der Eintritt der kommunistischen Partei Sachsen in die Regierung Zeigner ist von der gesamten sozialistischen Arbeiterschaft freudig begrüßt worden als ein verheizungs- voller Schritt auf dem Wege zur Einheitsfront der deut- schen sozialistischen Arbeiterschaft Sachsen, der von der bürgerlichen Presse als „Sowjetsozialen“ verschleierte und verleumende Freistaat, ist nun zum zweiten Male der Schauplatz historischer Ereignisse in der nachrevolutionären Ge- schichte der deutschen Arbeiterschaft geworden. In Sachsen bahnte sich die Einigung der alten Sozialdemokratie mit der ehemaligen unabhängigen Sozialdemokratie durch den Eintritt unabhängigkeitssouveräner Minister in das mehrheitlich sozialistische Kabinett an. Und wiederum in Sachsen ist mit dem Eintritt kommunistischer Minister in die sozialistische Regierung der erste und wichtigste Schritt zur Beilegung ver- hängnisvoller Bruderkämpfe, zur Aufstellung einer wider- standsfähigen Einheitsfront getan worden, der erste Schritt auf dem Wege, der hoffentlich bald zur vollen Einigung der revolutionären Arbeiterschaft führt. Sachsen ist Vorbäpper und Vorposten. Und wenn die Reaktion ganz Deutschland, die ihre Hoffnungen auf Bayern, auf Hahn und Hitler, auf Ludendorff und Rupprecht stellt, voller Stolz diesen sächsischen Freistaat am liebsten tilgen und unter einer Militärdiktatur begraben möchte, so steht die sozialistische Arbeiterschaft ganz Deutschlands hinter ihren jährlin- chen Brüdern, von denen sie weiß, daß sie als Pioniere voranmarschiert und entschlossen sind, die Errungenheiten der Revolution bis zu den äußersten zu verteidigen.

Diese Bereitschaft führte mit innerem Zwang zur sozialistisch-kommunistischen Regierungskoalition. Darin liegt ihre historische Bedeutung, die vor allem von der sozialistischen Arbeiterschaft Sachsen klar begriffen worden ist. Die sozialistisch-kommunistische Regierung ist, selbst wenn sie nur von zeitlich begrenzter Dauer sein sollte, mehr als eine Episode in der Geschichte parlamentarischer Ercheinungen. Sie bleibt ein Markstein, hinter dem die Arbeiterschaft selbst nicht mehr zurück kann und nicht zurück will. In ihr hat der Wille der sozialistischen Arbeiterschaft zur Einheitsfront, zur Einigung, zum gemeinsamen Kampf zum ersten Male tatsächlich Gestalt gewonnen.

Wer an diesem Willen noch gezweifelt haben sollte, den haben die gestrigen, von B. S. P. D. und A. P. D. für Groß-Dresden gemeinsam einberufenen Massenkundgebungen der Dresdner Arbeiterschaft eines andern, eines besseren be- lehrt. Es waren wahrlich Massenkundgebungen. Fünf Versammlungen waren anberaumt — zehn müssen abge- halten werden. Neben jeder Versammlung stand noch eine Parallelversammlung statt, weil die Säle nicht so viel zu klein erwiesen, um die herandrückenden Massen zu lassen. Eine Stunde vor Beginn waren die Säle schon gefüllt und über- füllt. Die Redner sprachen vor viertausendförmigen Mengen. Wir können es uns ersparen, über die einzelnen Reden zu berichten. Der knappe Raum zwang uns ohnehin dazu. Was gesagt wurde, war der Ausdruck dessen, was die sächsischen Arbeiter in diesen Tagen, in dieser Stunde empfanden. Es kommt nicht auf Naüen der Tonart, auf Abstufungen kritischer Betrachtungen an. Die Bedeutung dieser Versammlungen liegt in einem gemeinsamen Besenntnis der Redner und der Versammelten zur Gemeinsamkeit, zur Einheitsfront, zum Zusammen- schluss gegen den gemeinsamen Feind.

Am Mittwochabend sprach der neue kommunistische Wirtschaftsminister Heder. Er begrüßte die Bildung einer gegen die Arbeiterschaft regierenden als Beginn eines neuen Zeitalters im politischen Leben der Arbeiterschaft und betonte den Willen der Arbeiter zur Einheit. In einer ein- stimmig angenommenen Entschließung gelobten die Ver- sammlungen, die gemeinsame Regierung mit allen, dem Proletariat zur Verfügung stehenden Mitteln zu föhren und zu verteidigen. Da der Reichstagswahlkampf bei weitem nicht alle Buströmenden lassen konnte, sond eine ebenfalls überzügliche Versammlung im Bellevue in der Wallstraße statt, in der dann der Redner sprach.

In Hammars Hotel in Striesen mühete der Saal vor Beginn abgesperrt und eine zweite Versammlung im Floratheater abgehalten werden. Beide Räume waren überfüllt. Im Saale sprach Genosse Arzt, im Sonnentheater Genosse Wünsche. Beide Redner wurden oft durch Beifallsstürme unterbrochen. Von Debatten wurde hier ab- gehalten. In beiden Versammlungen kam eine Entschließung zur Annahme, in der die Versammelten der sächsischen Regierung ihr Vertrauen aussprachen, den sozialistischen Umtrieben Thüringens brüderliche Grüße entboten.

## 55 Der Schwärmer von Bazancourt

Von Otto Thielemann

Und wie die dunsle Rose umforsgt dem fremden Wan- derer die feurige Seligkeit entfällt, so riefen seine Lippen dem blauen Sternenhimmel glücklich zu: „... ich werde gesiegt! ... Mein Gott ... geliebt! ...“ Seine Augen strahlten, als hätten sie aus hohem Firmament zwei helle Sterne auf- genommen, und als glänzten diese jetzt mit hellem Licht aus ihrer blauen Tiefe.

Er merkte nicht, daß trog der Nacht die Straße sehr belebt war, und daß Soldaten heftig schwabend in kleinen Trupps vorübergingen. Er wanderte hinaus ins Freie.

Das Ungeheuer „Ironi“ fauerte sehr böse und spie in langem Funkenfang viel hundert Blitze aus. Er ging am Park entlang und atmete erfrischend die reine Luft. Die Füße strichen raschelnd durch abgefallenes Laub.

Wie schön das Leben ist! Für viele ist es ein Geseybuch, das sie mürrisch durchblättern, Seite um Seite. Für den und jenen ist es ein trostloses Exemplar, das sie Monat für Monat wiederholen, sich ewig langsam, das Herz könne doch einmal ein kleines Minus sein. Für andre ist es eine Nede, die sie den lieben Nächsten unausgeordnet täglich halten. Für viele ist es ein Befehl, den sie stets dienernd, eifrig zu er- füllen sich bemühen. Für wieder andre harde Arbeit, die nicht erlaubt, daß einen Augenblick die Seele sich besinn. Für manche Leidenschaft, vor deren ungehaltetem Gesicht es kein Entfliehen gibt. Sie alle leiden an dem Leben, sie tragen mürrisch ihre Ketten, und sterben sie, so haben sie nicht einen Tag gelebt. Nicht so bei Vogelsang. Für ihn war es ein Lied, eins, was sich jährend aus dem Herzen über die Lippen drängt, so wie der Wind im Sonnenuntergang auf schmalen Zweig es singt, und wie die Verse es am frühen Morgen dem Licht entgegenträgt.

Der Kopf des geliebten Mädchens schwieg lächelnd vor ihm her. Er wußte, daß ihn dies Gesicht nie mehr verlassen

Würde. auch nicht, wenn er in nächster Zeit wieder im Graben lag. Da war er plötzlich mit seinen elenden Gedanken beim Abschied angelangt. Ganz allmählich tauchten auch die andern Geschehnisse des Abends vor ihm auf. Warum dies alles so gewesen war. Sie waren ja geslossen, weil Bomben abgeworfen wurden. Er wußte nicht einmal, was sie ge- tragen hatten. Er ging zurück, um, wenn es möglich war, noch etwas zu erfahren.

In der Kirche traf er Soldaten bei der Arbeit. Sie zogen Fernsprechdrähte trog tiefer Dunkelheit. Er rief sie an:

„Kamerad, wo hat der Flieger vorhin abgeschossen?“  
„Beim Artillerieregiment!“ fragte Vogelsang erstaunt.  
„Ja, ja, das ist schon was. Den ganzen Tag hat man daborn im Mist gelegen und Deutungen gefliest. Dann kommt man nichts nach Haus, todmüde, und fängt hier hinten wieder an. Verfluchter Dreck!“

„Ist denn der Schaden groß?“  
„Sie müssen sich den Hint mal anschauen! Nicht eine Leitung heißt. Die ganze Zentrale ist zum Teufel. Und unser Alter tot. Ich denk, mich laßt ein Ajjel Schnauze der mich an: Ob ich schon ausgeschlossen hätte. So'n alter Knosser, ich war noch keine halbe Stunde da.“

In Vogelsang stieg eine dunkle Ahnung auf. Er unter- brach den Sprecher schnell:  
„Um Gotteswillen, Mann, ist wer verlegt?“  
„Verlegt? Sie meinen durch die Bombe? Ja, unser Fernsprechkorporal ist gleich ins Lazarett geschafft. Ich glaube, ziemlich schwer...“

Vogelsang stand wie betäubt.  
Da fiel der andre der Soldaten ein, der auf dem Rücken eine Stoffrolle trug, von der die schwarze Schnur hoch in die Hände lief.

„Ja, er ist tot, und der Franzose aus dem andern Hause auch.“  
Vogelsang hörte es wie von weitem.

kommt und verächtigten haben, Reichspräsident Ebert, Zivil- kommissar Meier und Abgeordneten Bethke. Die rechts- liebenden Sozialdemokraten (Burkhardt rechts: Gibt denn noch welche?) haben offiziell diesen Vorwurf gegen die Regierung unternommen. Wir haben eine dahingehende Anfrage formuliert, wie sich die Regierung zu dieser Tatsache stellt und wir bitten, daß diese Anfrage mit auf die heutige Tagesordnung gestellt wird. (Burkhardt des Abgeordneten Beutler (sdat). Die Koalition geht schon in die Brüche.)

Abg. Müller, Leipzig (Soz.), beantragt, die Sitzung auf eine Stunde zu verlängern, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, zu der Situation Stellung zu nehmen.

Die Verlängerung wird durch die Sitzung erklärt Abg. Wirth (Soz.): Wir sind damit einverstanden, daß die Anfrage heute behandelt wird.

Das Haus stimmt dem zu. Darauf wird in die Tagesordnung eingetragen.

## Falschmeldung über Waffenbeschlagnahmung

Die durch die Presse gehende Meldung über Beschlagnahme von Waffen der aufgelösten Hunderedschaften durch die Reichswehr entbehrt jeder Begründung. Waffen der proletarischen Hunderschaften können schon aus dem Grunde nicht beschlagnahmt werden, weil die proletarischen Hunderschaften nicht bewaffnet sind.

Im Schuhhaus genommen wurde in Nossen auf Veranlassung des Reichstreitkampfes IV ein gewisser Kühl (nicht der bekannte Agitator Otto Kühl), weil er Blattläuter aufreizenden Inhalts verbreitet haben soll. Kühl ist dem Polizeipräsidium Dresden zugeführt worden.

In den einstweiligen Anstand verlegt. Die Ministersträte Dr. Wölker und Schmidt sind in den einstweiligen Anstand verlegt worden, weil beide Herren dem Ministerpräsidenten erklärt, daß sie bei der politischen Zusammenlegung der gegenwärtigen Regierung nicht an ein erprobliches Weiterarbeiten glauben können.

## Dresdner Chronik

### Mietzahlung am 1. November

Das Wohnungsamt teilt uns mit: Mit Rücksicht auf die ungeheure, seit Festlegung der Oktobermiete eingetretene weitere Gebenweltung, bei der der Staat bestrebt ist, für die Zeit vom 1. November an die Miete entsprechend der Steigerung der Betriebs- kosten, Löhne und Kaufpreise zu erhöhen. Am 1. November sind in den Häusern, in denen die Miete bereits am 1. Oktober für das Vierteljahr im voraus bezahlt worden ist,

monatlich 6 120 000 Grundmieten nachzuzahlen.

Für eine Wohnung mit einer Grundmiete von 800 M. sind somit für den Monat November rund 1,8 Milliarden M. nachzuzaubern, für den Monat Dezember die gleiche Summe. In den Häusern, in denen die Miete monatlich bezahlt worden ist, ist außerdem der nach der Festlegung vom 1. Oktober zu zahlende Beitrag von monatlich 90 000 Grundmieten zu zahlen.

Die geplante Mietzettelung beträgt vom 1. November an das Monatsmietzettel der Freiherrnmiete, für Wohnungen mit einer Mietzettelung im Höhe des Monatsmietzettels der Arbeitsmiete. Für ein Zimmer, das vor dem Kriege monatlich 25 M. gekostet hat, würden danach am 1. November 2½ Milliarden, mit Wöchentagsgabe 2½ Milliarden zu zahlen sein. Gebenung frühzeitig und dergleichen ist hierin nicht eingeschlossen. Amtliche Bekanntmachung erfolgt, sobald die Sache endgültig festliegen.

## Landesrechtliche Mindestauschläge

Das Sächsische Justizministerium hat im Einvernehmen mit dem Landeswohnanstalt die landesrechtlichen Mindestauschläge für laufende Instandsetzungsarbeiten und die landesrechtlichen Rahmen- grenzen für den Vermaltungsaufwand des Hausesgutäters mit Wirkung vom 1. November 1923 an auf das 40fache der für Monat Oktober 1923 gültigen Sätze erhöht.

Die Notwendigkeit des Verherrungszustandes scheint Generalleutnant Müller durch ein großes Polizeiaufgebot bewiesen zu wollen. Am Donnerstag vormittag fand in der Hauptmarkthalle ein kleiner unbedeutender Auftritt statt und schon erschienen vier große Autos mit grüner Polizei, die, ohne daß die Mannschaft aussteigen brauchte, wieder davontreten konnten, denn die Sache war bereits beigelegt. Durch dieses fortwährende Dahinraschen der Mannschaftswagen wird auch die ruhige Bevölkerung aufgezogen und es ist kein Wunder, wenn sie den Geschäftsräumen nachsieht und auf den Plätzen sich summt, um etwas Näheres zu erfahren. Gegen diese sich ergebenden Anomalien geht die Polizei ebenfalls rigoros vor. Am Donnerstag wurden die Straßen in der Nähe der Antonsmarkthalle fortwährend von sechs starken Abteilungen berittener Polizei „gehäuft“, obwohl sie kaum direkt reicht waren, als sonst an Wälltagen und feierlichen Störungen sich gezeigt hatten. Abends zwischen 6 und 7 Uhr kam ein volles Auto mit Polizei die Wiederauferstehung herumgezogen; bei Bargou sprangen die Leute auf und lärmten sich ohne alle Veranlassung auf die kleinen Gruppen, die am Platz meist die Männer der Fußtruppe besaßen und trieb die Leute in die Nebenstraßen. Wieder darauf erschienen zwei große Abteilungen reitender Schützen, von verschiedenen Seiten, um, nachdem sie den leeren Platz überquert hatten, wieder in verschiedenen Richtungen davon zu

„Na, na,“ sagte der erste wieder, „das hätte ich schon gehört. Erich, zieh dich ja Stromm, die Drähte freien. Was du da sagst von Jäger, das glaube ich nicht.“

„Doch, doch, frag Marx, der hat ihn nach dem Lazarett gebracht.“

„Das wäre gemein, dann wird der Meier Körperl, der widerliche Streber. Wirsch, weiter! Hast du die Kabelzange?“

„Ne, die hat Marx vorne.“

Der andre hielt die Hände an den Mund und rief laut durch den Trichter:

„Maaaax!“

„Hollo!“ klang es gedämpft zurück.

„Hast du die Kabelzange?“

„Ja, wohoh,“ tönte die Ferne leise.

„Na, dann ist gut, man los!“

Die trotzelten davon.

Erichütterte wankte Vogelsang ins Dorf. Die Nachricht traf ihn wie ein Schlag ins Gesicht. Wie roh und unheimlich war das Leben plötzlich. Während er grüßte war und fühlte, wimmerte der Freund in seinem Blut.

Wie ein mit schwerer Haft bestroffer Angeklagter kam er gekniet an der Zentrale an.

Wird sie uns. Völlig zerstört. Soldaten räumten auf. Das Herzlosenheit wackelte lächelnd seinen Schein auf geliebtes Geröll. Die Träne hingen durcheinander, als hätte eine Hand an ein Spinnennetz zerstochen. Das Dach war abgedeckt, zwei Seitenwände eingedrückt, man konnte von der Straße durch die Pallen in die Stube sehen.

Herrspriester trugen Kabeltrommeln und kleine Elemente in das Nebenzimmer. Die aufgesprengten Spinnen hatten schon begonnen, an anderer Stelle neu ihr Netz zu ziehen.

Er sah einen Mann am Tisch und fragte ihn:

„Ich bin ein Freund von Jäger, was ist mit ihm?“

Ein kurzer mitteldicker Blick traf Vogelsang.

(Fortsetzung folgt.)

reiten. Wir könnten noch mehr Vorlesungen blenden, aber die Veröffentlichung ausragenden Vierms anzuführen, der früher nie vorgetragen ist, da damals die Polizei nur erschien und eingriff, wo es zur Aufrechterhaltung von Ordnung und Recht vielleicht nötig war.

Heute die Vorgänge in der Stadt teilt das Präfektur des Polizeipräsidiums folgend mit: Am 18. Oktober fanden während des ganzen Tages starke Ansammlungen der Gewerkschaften in der unteren Stadt statt, so daß die Polizei verschiedene Male einzutreten und die Truppe zu sprengen mußte. Dabei wurden die Polizeikarabiner wiederholt mit Steinen beworfen. Mehrmals sind Breitwagen geplündert worden. In den Abendstunden wurde der Postplatz durch ein großes Polizeiaufkommen geräumt. Im Laufe des Tages sind 17 Personen wegen Plünderung und Widerstand festgenommen worden.

**Der Streit um die Münzmeile.** Wie aus der Allgemeine Mietwohnungsverein mitteilt, ist jetzt der Münzmeileprozeß auch vor Oberlandesgericht entschieden worden. Ein Vermieter hatte gegen die jährliche ansteigende ertragbare Kapazitätserhöhung eine Berufung eingelegt. Die Berufung ist festgestellt zu geweisen worden. Das Oberlandesgericht hat sich in ausführlicher Erörterung den Anklage und Landgerichtsentscheid, die sonst über die Frage zugangen waren, angehört und damit offiziell die Ausfassung des Allgemeinen Mietwohnungsvereins über die Unrechtmäßigkeit der Münzmeilemachung bestätigt. Nunmehr muß der Rat noch zu der Gültigkeit seiner Veranlassungstellung nehmend wie er das bereits durch die Urteile in Aussicht stellt.

**2 Milliarden-Mark-Guthschein der Stadt Dresden.** Zur Erneuerung der fortlaufenden Zahlungsmittelnotwendigkeit gibt die Stadt Dresden Guthscheine über 2 Milliarden Mark aus. Der Guthschein ist in der Größe von  $7,5 \times 12$  Zentimeter auf weichem Papier hergestellt, das ein besonderes Wasserzeichen trägt. Die Rückseite ist nicht weiß.

**Müllfeuer Dresdner Kinder.** Dresdner Kinder fehren in den nächsten Tagen wie folgt zurück: aus Großsiedl. am Sonnabend nachmittag 2.23 Uhr, aus Oberwiesenthal am Sonntag nachmittag 4.48 Uhr, aus Radebeul am Montag abend 7.38 Uhr, aus Niederlößnitz am 16. Oktober abends 10.58 Uhr. Die Eltern oder sonstigen Angehörigen der Kinder möchten sich am Absolama auf dem Hauptbahnhofe rechtzeitig einfinden.

**Gemeine Handlungswelt.** Der wiederholte, auch militärisch verordnete, 1808 in Dresden-Plessen geborene, von seiner Frau getrennt lebende Gießenbergschüler Hans Paul Torge gab befreimten Arbeitern an, er besitze im Kriegsjustizamt gute Verbindungen und könne alte beschädigte Kleidungsstücke in neuem Sachen umtauschen. Die betreffenden Arbeitern ließen sich davon, gaben die letzten Sachen her, die Torge selbst an der nächsten Strohstraße veräußerte. Leider verlor er noch zwei Kleiderstücke. Das Schöffengericht verurteilte den Angeklagten, der gegenwärtig seinen Sammelkram ganz vernarrlich gehandelt, zu fünf Monaten Gefängnis.

**Generalversammlung des Konsumvereins Vorwärts.** Die Konsumvereinsdelegierten der B.S.D. werden erlaubt, sich zur Auftellung der Kandidaten Sonntag früh eine Stunde vor Beginn der Generalversammlung im Tagungssaal einzufinden. Es darf kein Vertreter fehlen.

**Die Großmarkthalle ist jetzt nur von früh 7 bis mittags 1 Uhr offen.** Nachmittags bleibt sie geschlossen.

**Zusammenstoß zwischen einem Auto und einem Motorradfahrer.** Am Dienstag nachmittag gegen 6 Uhr fuhr in der Unteren Dresdner Straße in Potschappel ein Auto mit einem Motorradfahrer zusammen. Zwei Dresdner Kleintransportwagen kamen von Dresden in schneller Fahrt in kurzen Abstand hintereinander her, während von der Unteren Dresdner Straße her ein Gütermotorradfahrer die Dresdner Straße überqueren wollte. Er wurde dabei von dem zweiten Auto angefahren und überrollt. Glücklicherweise erlitt er keine schweren Verletzungen, aber sein Rad ging in Stücke.

**Von einem Automobil überfahren wurde am Donnerstag nachmittags 2 Uhr, auf der Ost-West-Achse ein 16 Jahre alter Güterliefser, der bei dem Unfall einen Bruch des Oberschenkels davontrug.** Der in Görlitz wohnhafte junge Mann wurde nach dem Krankenhaus Friedrichstadt befördert.

**Gasserglüstungen.** Am Donnerstag nachmittags gegen 4 Uhr, fand man in ihrer in der Trachenberger Straße gelegenen Wohnung eine 50 Jahre alte Arbeiterin mit Leuchtgas beraus. Nach 80 Minuten langer Zuführung von Sauerstoff gelang es, die Behausung wieder zum Bewußtsein zu bringen, worauf man sie in der Heil- und Pfleganstalt unterbrachte. Am Abend unternahm ferner eine in der Luisenstraße bei den Eltern wohnhafte 19jährige Harzleiter auf gleiche Weise einen Sauerstoffüberdruck. Auch sie konnte schon nach zehn Minuten wieder erwacht werden.

**Gassebahn. Tod auf den Schienen.** Am Mittwoch nachmittag an der 5. Stunde wurde in der Nähe des hiesigen Stelleregebäudes ein 17 Jahre alter Tischlerlehrling aus Obermartha von einem einfahrenden Güterzug überfahren und getötet.

## Aus dem Parteileben

**Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer von Dresden und Umgebung.** Morgen Sonnabend, 8.12 Uhr, nach Hainberg über 4 Uhr nach Tharandt. Sitzung im Lehrgang. Freital und Meißenberg ist insbesondere eingeladen.

**Arbeitsgemeinschaft Kult.** Zusatz von jetzt an jeden Montag im Volkshaus, Zimmer 2.

## Groß-Dresden

**Gruppe Gassebahn, Str. 4, Kemnitz u. Umg.** Heute Freitag, abends 7 Uhr, wichtige + erhaltungswürdig. Die Untergruppenleiter werden nochmals erinnert, die Beitragssätze sowie die Beispielmaterien abzuweisen — Mittwoch den 24. Oktober, abends 7 Uhr, Versammlung in der Schule zu Strehla. Reichsbildungsberater Genosse Ristau spricht über die politische Lage. Es ist Pflicht aller Mitglieder, für guten Besuch dieser Versammlung zu sorgen.

**Gruppe Lößnitz. Volksräumlicher Kunstsaal.** Sonnabend den 20. Oktober, abends 8 Uhr, im Jugendheim, Polizeistraße, Mühlendamm: Quartett- und Sologe sang, Bühnenvorstellung.

## Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

**Zur Beachtung!** Sonnabend den 27. Oktober, abends 7½ Uhr, wird im Saal des Haushausverbundes, Windfußmannstraße 4, Genossen Ministerpräsident Dr. Seigner über Europa und der Sozialismus. Einfach nur gegen Vorzeigung des Parteibuches oder des Mitgliedsbuches der Arbeiterjugend.

Führer und Internationale für Ostober sind eingetragen und können bei den Gruppenleitern abgeholt werden. Preis je 20 Millionen.

**Beisetzung Neustadt.** Die Annullungen für den Begräbnisgang sind bis Freitag den 28. Oktober gruppierenweise beim Genossen Sturm Ritterstraße 28, Erdg. aber in der Gruppe Trachenberge abzugeben.

**Gruppe Trachenberge.** Durch weitestes Entgegenkommen der Dresdner Volkszeitung ist es uns möglich, morgen die Einrichtung unserer Volkszeitung zu besichtigen. Es wird um rege Beteiligung gebeten. Treffen 1 Uhr Weltmeirplay.

## Wettervorhersage für den 20. Oktober

Unsicheres, zu plötzlichen Umständen neigende Wetterlage — zunehmende Bewölkung, mild, mäßige, überraschliche Winde, im späteren Verlauf Regen nicht ausgeschlossen.

# Die Not der Sozialrentner

In der gestrigen Stadtverordnetensitzung nahm Genosse Marx im Auftrage der Fraktion Verantwortung, die trostlose Lage der Invaliden- und sonstigen Rentner im Pfälzer zur Sprache zu bringen. Er wies in seiner Rede den Rat auf eine Reihe bestehender Mängel hin und forderte in einem Antrage eine Reihe Verbesserungen und Mittelbewilligungen, um das Los dieser bedauernswerten Menschen, die unter der Ungnade der Zeit besonders zu leiden haben, zu verbessern. — Ausgerechnet der deutsch-nationale Oberbürgermeister Kunisch beglückte das Kollegium mit einem Antrag, wonach der Rat erlaubt werden soll, unwahrsame Gerüchte über die Ernährung der Bevölkerung entgegenzu treten. Wie das geschehen soll, verrät Herr Kunisch nicht, wohl aber gründete sich sein Antrag auf die in der Stadt umherwirkenden Gerüchte über die Brotpreishöhung. Die Brotpreissteigerung hat allerdings Formen angenommen, die auch den ruhigsten Bürger außer Fassung bringen können. Der „Eugen“ der bürgerlichen Seite ist viel geprägt der freien Wirtschaft macht sich geradezu katastrophal bemerkbar. So führt der Antrag zu einer längeren Ausprache, in deren Verlauf den Herren auf der rechten Seite — die deutsch-nationalen Freunde des Herrn Kunisch tragen ja in erster Linie die Schuld an der Brotpreissteigerung — durch unsere Redner derbe Wahrheiten gesagt wurden.

## Stadtverordnetensitzung vom 18. Oktober 1923

Auf eine lange Anfrage Kohlmann wegen der politischen Auflösung einer Mitgliederversammlung des Deutsch-nationalen Arbeiterbundes, die in den Geschäftsräumen der Deutsch-nationalen Volkspartei am 18. Okt. stattfand, teilte der Rat mit, daß die Angelegenheit nicht zu seinen Kompetenzen gehört. (Sehr richtig!) Es müsse den Anteilnehmern überlassen werden, sich an die Polizeidirektion oder an die vorgegebene zuständige Staatsbehörde zu wenden.

**Dresden. Krüppelhilfe** wurde ein jahrelanger Antrag Kohlmann wegen der politischen Auflösung einer Mitgliederversammlung des Deutsch-nationalen Arbeiterbundes, die in den Geschäftsräumen der Deutsch-nationalen Volkspartei am 18. Okt. stattfand, teilte der Rat mit, daß die Angelegenheit nicht zu seinen Kompetenzen gehört. (Sehr richtig!) Es müsse den Anteilnehmern überlassen werden, sich an die Polizeidirektion oder an die vorgegebene zuständige Staatsbehörde zu wenden.

**Dem Verein Krüppelhilfe** wurde ein jahrelanger Antrag Kohlmann wegen der politischen Auflösung einer Mitgliederversammlung des Deutsch-nationalen Arbeiterbundes, die in den Geschäftsräumen der Deutsch-nationalen Volkspartei am 18. Okt. stattfand, teilte der Rat mit, daß die Angelegenheit nicht zu seinen Kompetenzen gehört. (Sehr richtig!) Es müsse den Anteilnehmern überlassen werden, sich an die Polizeidirektion oder an die vorgegebene zuständige Staatsbehörde zu wenden.

**Die enormen Verluste der deutschen Zeitungen in dieser Woche**

haben zu der Notwendigkeit geführt, die Zeitungssätze sofort den tatsächlichen Kosten anzupassen. Die Zugangspreise dieser Woche haben bei weitem nicht einmal die Papierkosten gedeckt. Die Verluste der Zeitungen wurden so gewaltig, weil bei der Preisfestsetzung die Entwicklung im Laufe der Woche nicht vorausgesieben werden konnte. Eine derartige Wirtschaft müßte in kurzer Frist zum völligen Ruin der deutschen Presse führen.

Niemand kann sich dabei auch der Auswirkung der notwendigen enormen Lohn- und Gehaltssteigerungen entziehen. Die Indexerhöhung macht gegen die Vorwoche eine Steigerung von 384 Prozent auf. Die ganze deutsche Presse muß daher ihre Preise um das Vielfache erhöhen, um weitererleihe zu können.

**Dresdner Volkszeitung** Dresden. Anzeiger  
Dresdner Nachrichten Dresden. Neueste Nachrichten  
Sächsische Staatszeitung

Der Bezugspreis der Dresdner Volkszeitung beträgt für die 48. Woche von Sonnabend den 20. Oktober bis Freitag den 26. Oktober, bei sechstmaliger freier Ausstellung durch Voten ins Haus 800 Millionen Mark.

**Regelung des häuslichen Beitrags und unter bestimmten Bedingungen einstimmige Annahme.**

**Die Preispolitik des Betriebspaars**

Bei Beifragung der Gas-, Wasser- und Strompreise war schon fürsichtig durch eine kurze Anfrage des Genossen Elsner angekündigt worden. Die Angelegenheit kam jetzt erneut zur Ausprache, da der Verwaltungsrat der Werke eine Höherstufung über die für die Gas-, Wasser- und Elektro-italienische aus eigenen Mitteln ausgeführten und im Bau befindlichen Bauten sowie über die Hochleistungsmethode bei diesen Werken überlandete. Der Bevölkerer der Stadt. Donnerstag bemerkte, daß sich die Sintrichtung der Gasgesellschaft bewußt habe, der Rat solle aber erforderlichst die Zahl der Verkaufsstellen noch weiter vermehren. Im übrigen empfahl das Finanzausschuss, von dem Schriften des Verwaltungsrates Kenntnis zu nehmen, darüber hinaus aber den Verwaltungsrat zu erläutern, das Einkaufsverfahren so auszuführen, daß die Unschärfen, die sich in den letzten Wochen dabei herausgestellt haben, beseitigt werden, und die Bildung des Wasserpriesses nach anderen Grundsätzen zu untersuchen.

Genosse Ritscher betonte die Notwendigkeit, die Preise momentan für Wasser so niedrig als möglich zu halten. Wenn es sich nicht um städtische Betriebe handelt, würde die Kritik an der Preispolitik des Betriebspaars wohl viel schärfer ausfallen. Stadtr. Grüner (Kom.) bezeichnete die Preispolitik des Betriebspaars als Ausbeutungspolitik.

Nach der Erklärung des Stadtrats Wahl, daß die Wasserleitung eine einmonatige Gültigkeit haben, fand das Ratskabinett einstimmige Annahme.

**Eine Ausgestaltung des Fürsorgewesens**

erstreckte ein Antrag Marx und Ganoffen (Sos.) der folgenden Wortmeldung:

Stadtr. Wahl wolle beschließen, den Rat zu erlauben, für die vom Fürsorge- und Jugendamt betreuten

a) den Reichsbund für die laufende Woche als Grundlage zur Festsetzung der Gehaltsförderung zu nehmen,

b) die vom Finanzausschuss am Freitag angewiesenen Gelde zu geteilen, daß sie spätestens bis Montag in den Händen der Unterstützungsmitglieder sind, eventuell die Auszahlung durch die Kreisstellen vornehmen zu lassen, c) außer Rüstungssoldaten auch noch Aufschläge für Sohnen und Söhne zu gewähren.

## Anzeigen-Schlüsselzahl

der deutschen Tageszeitungen

vom 20. bis 26. Oktober:

2000000

Genosse Marx kritisierte bei der Begründung vor allem auch, daß die Auszählung in vielen Fällen außerordentlich viel zu wünschen übrig lasse. Kaufmänner und Fliegende, die doch darauf wünschen, daß der Stadtschulrat nur ja nicht allseitig belastet werde, müßten aus ihrem Amt entfernt und durch Leute ersetzt werden, die wirklich ein Herz für die Armen haben. Es gäbe, den Hunger zu lindern, der tatsächlich in diesen Kreisen vorhanden ist, und ebenso müsse für Heizungsmaterial und Kleidung gesorgt werden.

Ein Zusatzantrag Böhme (Kom.) forderte daß die

Stadt dem Kreisamt für Kriegsfürsorge sofort größere Mittel zur Verfügung stellt, um dieses in die Lage zu versetzen, an die Kriegsbedürftigen, Kriegsverwundeten usw. entsprechende Gelder zur Belebung der notwendigen Nahrungsmitte auszuhändigen zu können.

Stadtr. Richter äußerte sich ausführlich zum Antrag Marx.

Die Berechtigung der Rationierung, daß in der Auszählung der Unterstützungen keine Vergütung eintrete, sei durchaus anzuerkennen.

Wenn einzelne Männer nicht mit der erforderlichen Beschleunigung arbeiten, sollen sie durch andere ersetzt werden. Die Einrichtung von Wärmeräumen sei bereits eingerichtet.

Der Antrag Marx wurde einstimmig angenommen, bezgleich der Zusatzantrag Böhme.

Ein Dringlichkeitsantrag Böhme (Kom.) forderte daß die

Stadt dem Kreisamt für Kriegsfürsorge sofort größere Mittel zur Verfügung stellt, um dies in die Lage zu versetzen, an die Kriegs-

bedürftigen, Kriegsverwundeten usw. entsprechende Gelder zur Belebung der notwendigen Nahrungsmitte auszuhändigen zu können.

Ein Dringlichkeitsantrag Böhme (Kom.) forderte daß die

Stadt dem Kreisamt für Kriegsfürsorge sofort größere Mittel zur Verfügung stellt, um dies in die Lage zu versetzen, an die Kriegs-

bedürftigen, Kriegsverwundeten usw. entsprechende Gelder zur Belebung der notwendigen Nahrungsmitte auszuhändigen zu können.

Ein Dringlichkeitsantrag Böhme (Kom.) forderte daß die

Stadt dem Kreisamt für Kriegsfürsorge sofort größere Mittel zur Verfügung stellt, um dies in die Lage zu versetzen, an die Kriegs-

bedürftigen, Kriegsverwundeten usw. entsprechende Gelder zur Belebung der notwendigen Nahrungsmitte auszuhändigen zu können.

Ein Dringlichkeitsantrag Böhme (Kom.) forderte daß die

Stadt dem Kreisamt für Kriegsfürsorge sofort größere Mittel zur Verfügung stellt, um dies in die Lage zu versetzen, an die Kriegs-

bedürftigen, Kriegsverwundeten usw. entsprechende Gelder zur Belebung der notwendigen Nahrungsmitte auszuhändigen zu können.

Ein Dringlichkeitsantrag Böhme (Kom.) forderte daß die

Stadt dem Kreisamt für Kriegsfürsorge sofort größere Mittel zur Verfügung stellt, um dies in die Lage zu versetzen, an die Kriegs-

bedürftigen, Kriegsverwundeten usw. entsprechende Gelder zur Belebung der notwendigen Nahrungsmitte auszuhändigen zu können.

Ein Dringlichkeitsantrag Böhme (Kom.) forderte daß die

Stadt dem Kreisamt für Kriegsfürsorge sofort größere Mittel zur Verfügung stellt, um dies in die Lage zu versetzen, an die Kriegs-

bedürftigen, Kriegsverwundeten usw. entsprechende Gelder zur Belebung der notwendigen Nahrungsmitte auszuhändigen zu können.

Ein Dringlichkeitsantrag Böhme (Kom.) forderte daß die

Stadt dem Kreisamt für Kriegsfürsorge sofort größere Mittel zur Verfügung stellt, um dies in die Lage zu versetzen, an die Kriegs-

bedürftigen, Kriegsverwundeten usw. entsprechende Gelder zur Belebung der notwendigen Nahrungsmitte auszuhändigen zu können.

Ein Dringlichkeitsantrag Böhme (Kom.) forderte daß die

Stadt dem Kreisamt für